



Industrieforum

Anstieg der Energiekosten muss gestoppt werden

Industriepolitik

Nichteisen-Metalle (NE) – unverzichtbar für unser aller Leben

Industriekonjunktur aktuell

Kostensteigerungen treffen die Industrie mit voller Wucht

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 440.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 66 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzgebungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: wko.at/industrie,
E-Mail: bsi@wko.at

Bundespräsidium

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke
Bauer & Co. Ges.m.b.H.
Stellvertreter GF Thomas SALZER,
Salzer Papier GmbH
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof
Industries Global GmbH
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy
Holding GmbH
GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, Siemens AG
Österreich

Geschäftsführer

Mag. Andreas MÖRK

Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: +43 1 513 44 11-0
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099
Internet: www.iwi.ac.at,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien, Vorstandsvorsitzender des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Dr. Wolfgang DAMIANISCH, Kassier des IWI
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte Industrie
der Wirtschaftskammer Österreich
Dr. Erhard FÜRST,

Gen.-Sokr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI

Gen.-Sokr. Mag. Christoph NEUMAYER

Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvorsitzender des IW

Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH
Dir. Mag. Dr. Johannes Turner,OeNB

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčik

Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 71135 - 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung,
www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



editorial

Mag. Sigi Menz
Dramatische Lage am Energiemarkt

forum

Anstieg der Energiekosten muss gestoppt werden

Hohe Energiepreise als Gefahr für den Industriestandort Österreich

Interview:
„Ein Investitionsplan in der Höhe von 18 Milliarden Euro liegt vor.“
DI Mag. (FH) Gerhard Christiner, Technischer Vorstand APG & Mag. Thomas Karall, Kaufmännischer Vorstand APG

politik

Die Maritime Wirtschaft Österreichs in Zahlen

Kommentar:
Bis hierher – und immer weiter?
Dr. Wilfried Stadler, Vorsitzender Industriewissenschaftliches Institut

Interview:
„Business as usual ist für die EEI nach wie vor nicht in Sicht.“
Mag. Marion Mitsch, Geschäftsführerin FEEI

Serie: Nichteisen-Metalle (NE) – unverzichtbar für unser aller Leben

Interview:
„Die NE-Metallindustrie trägt wesentlich zur Nachhaltigkeit und Klimaneutralität bei.“
KR DI Alfred Hintringer, Obman Fachverband NE-Metallindustrie

konjunktur

Kommentar zur internationalen Konjunkturentwicklung
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider **30**

Kostensteigerungen treffen die Industrie mit voller Wucht
Mag. Andreas Mörk **32**

konjunktur nach branchen

Branchenübersicht	34
Gesamtindustrie	35
Bergwerke und Stahl	35
Stein- und keramische Industrie	36
Glasindustrie	36
Chemische Industrie	37
Papierindustrie	37
PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton	38
Bauindustrie	38
Holzindustrie	39
Lebensmittelindustrie	39
Textil-, Bekleidungs-, Schuh & Lederindustrie	40
NE-Metallindustrie	40
Metalltechnische Industrie	41
Fahrzeugindustrie	41
Elektro- und Elektronikindustrie	42
Offenlegung, Impressum	42

inhalt

Fotos: beigestellt

Dramatische Lage am Energiemarkt

Erwartet wurde ein geordneter Einstieg in die Energiewende. Tatsächlich ist die Industrie mit großen Sorgen hinsichtlich Versorgungssicherheit und einer extrem volatilen Preisentwicklung konfrontiert.

Autor: Mag. Sigi Menz

Für die Industrie war immer klar, dass die Energiewende zu einer Verteuerung der Energiekosten führen wird. Klar war auch, dass erneuerbare Energieträger (Sonne, Wind, Wasserkraft) in ihrer Ergebigkeit relativ starken Schwankungen unterliegen können – was im Jahr 2021 mit einer Ursache für steigende Energiepreise war. Ein gewisses Maß an Kostendruck und Preisvolatilität

war somit unausweichlich mit der Energiewende verbunden. In keiner Weise zu erwarten war aber der dramatische Anstieg an Energiekosten, der im Laufe des letzten Jahres zu beobachten war, und der sich zuletzt aufgrund des furchtbaren Ukrainekrieges weiter beschleunigt hat. Die Energierechnungen haben ein Ausmaß erreicht, das die Liquiditätsreserven vieler Unternehmen in Re-

kordgeschwindigkeit aufsaugt und so auch die dringend notwendigen Investitionen in neue energiesparende Technologien aufschiebt.

Angesichts dieser Situation ist die Politik gefordert, alle verfügbaren Möglichkeiten zur Eindämmung der überzogenen Preisentwicklung einzusetzen und gleichzeitig für eine höchstmögliche Versorgungssicherheit zu sorgen.

Die österreichische Industrie fordert seit langer Zeit eine stärkere Diversifizierung der Energieversorgung Österreichs und eine Verringerung einseitiger Abhängigkeiten. Die Politik hat diesbezügliche Anstrengungen bislang wenig unterstützt. Im Gegenteil, sie hat unter Umweltaspekten den verstärkten Einsatz von Gas – als relativ umweltfreundlichem Primärenergieträger – aktiv gefördert und dabei auf eine sinnvolle Ausweitung der Bezugsquellen verzichtet. Damit besteht heute eine überproportionale



Mag. Sigi Menz,
Obmann der
Sparte Industrie und
Aufsichtsrat der
Ottakringer
Getränke AG

Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland. Diese Realität ist seitens der Politik zur Kenntnis zu nehmen. Solange keine Alternativen zur Verfügung stehen, kann und darf seitens der Politik keine Einschränkung des Gasbezuges aus Russland erfolgen, da dies völlig unverhältnismäßig die wirtschaftlichen Interessen Österreichs schädigt.

Statt irrealer Sanktionsphantasien sollte die Politik rasch und konsequent Maßnahmen setzen, um kurzfristig Energiereserven aufzubauen und mittelfristig Abhängigkeiten zu vermeiden. Damit würde auch politisch ein viel stärkeres Signal an Russland gesendet werden, als durch Sanktionen – die in der Art und Weise auf Dauer nicht durchhaltbar erscheinen. Zu diesen politischen Maßnahmen zählt einerseits die möglichst rasche Befüllung vorhandener Gasspeicher, andererseits aber auch die Diversifizierung des Energieangebots. Teil dieser Diversifizierung ist die Erschließung anderer Quellen für den Bezug von Erdgas, gleichzeitig auch die Implementierung der Strategien für Wasserstoff und grünes Gas sowie den weiteren Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung. Für entsprechende Energieprojekte muss es zu einer deutlichen Beschleunigung der Genehmigungsverfahren kommen. All dies sind keine in der aktuellen Krise sofort wirkenden Maßnahmen, sie können aber die Energiemärkte beruhigen und damit sogar kurzfristig preisdämpfend wirken.

Der beispiellose Preisanstieg auf den Energiemärkten ist zerstörerisch: Er raubt den Unternehmen kurzfristig Liquidität und Wettbewerbsfähigkeit; er nimmt den Unternehmen aber auch jeden finanziellen Spielraum, die künftigen Kosten der Energiewende zu tragen. Wenn daher die Politik jetzt nicht an allen verfügbaren Stellschrauben dreht, um die Energiepreisexplosion einzudämmen, führen alle Planungen über einen „European Green Deal“ ad absurdum. Dafür sind dann schlicht keine Investitionsmittel mehr verfügbar. Ganz abgesehen davon, dass nur rasche Gegenmaßnahmen ein volles Durchschlagen der Energiepreise auf die Inflationsrate verhindern können; und eine aufgrund der Energiekosten explodierende Preissteigerung ist im Hinblick auf künftige Lohnver-

Die Politik ist gefordert, alle verfügbaren Möglichkeiten zur Eindämmung der überzogenen Preisentwicklung einzusetzen und für eine höchstmögliche Versorgungssicherheit zu sorgen.

handlungen durch die drohende Lohn-Preis-Spirale ebenso problematisch wie der dadurch generierte Abfluss an Kaufkraft ins Ausland und die vielfach dramatischen Auswirkungen auf die Geldpolitik.

Was also kann – und muss – die Politik tun, um der Energiepreisentwicklung gegenzusteuern? Die Politik verfügt über ein umfangreiches Instrumentarium, das sie einsetzen kann: Da zählt die Strompreiskompensation für energieintensive Betriebe, das Aussetzen von Energiesteuern und –abgaben, die Aussetzung der CO₂-Bepreisung ohne Verzicht auf den Klimabonus sowie die rasche Einrichtung des angekündigten Dekarbonisierungsfonds zur Unterstützung der notwendigen Investitionen für eine Transformation der Industrie zu erneuerbaren Energiequellen. Angesichts der Marktsituation ist hier wohl nicht an ein entweder dieser Maßnahmen zu denken, sondern ein kumulierter Einsatz der Instrumente. Zudem muss die Politik auf die schwierige Liquiditätssituation der Unternehmen reagieren, indem (wie in vergangenen Wirtschaftskrisen) staatliche Haftungen für Überbrückungsfinanzierungen gewährt werden sowie das Instrumentarium der Kurzarbeit auch für Zwangslagen aufgrund der gegenwärtigen Lage am Energiemarkt zur Verfügung steht.

In der gegenwärtigen Situation muss die heimische Politik rasch und konsequent jene wirtschaftspolitischen Entscheidungen treffen, die den Bestand der Industrie in Österreich absichern hilft und damit einerseits das hohe Niveau an Wertschöpfung, Beschäftigung und Einkommen absichert und andererseits die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Energiewende bewahrt. ■



Anstieg der Energiekosten muss gestoppt werden

Die aktuellen Entwicklungen nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine haben die Energiepreise weiter in die Höhe schnellen lassen. Jetzt braucht es Lösungen!

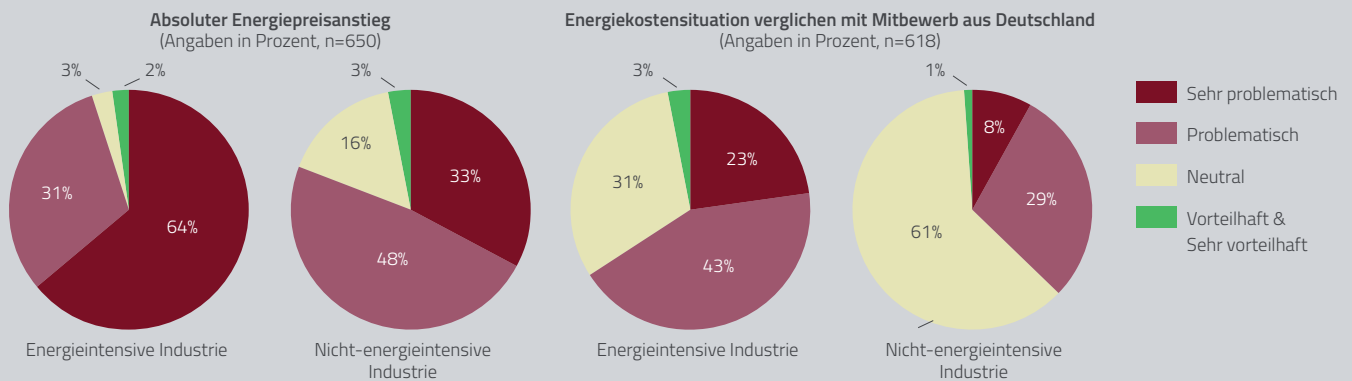
Schon im vergangenen Jahr sind die Öl-, Gas- und Strompreise kontinuierlich gestiegen und erreichten Spitzenwerte. Der Krieg in der Ukraine hat nun weitere, massive Kostensteigerungen verursacht. Erdöl kostet derzeit ungefähr doppelt so viel, eine Megawattstunde Gas etwa sechsmal so viel als im Jänner 2021. Die hohen Energiepreise stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen, denn der produzierende Bereich ist mit einem Anteil von 40 Prozent der größte Verbraucher von Gas in Österreich. Die Versorgungssicherheit mit Erdgas ist daher für die gesamte Industrie ein zentrales Thema. Die Verteuerung von Erdgas treibt zudem den Preis für elektrischen Strom, da die Grenzproduktion von Strom mit Hilfe von Erdgas erfolgt. Der Anstieg des Erdgaspreises trifft also mittelbar auch viele energieintensive Unternehmen, die selbst kein Erdgas in der Produktion einsetzen. Alles

zusammen Faktoren, die den Unternehmen Kopfzerbrechen bereiten und sie an ihre Grenzen bringen. Die Betriebe fordern daher schnelle Hilfe und mittel- und langfristige Lösungen, um dieser Spirale der Abhängigkeit entkommen zu können. Eine sofortige Entlastung bei den Energiekosten und eine Aufschiebung zusätzlicher Belastungen wird gefordert, um die Wettbewerbsfähigkeit und bei vielen Betrieben sogar das Überleben zu sichern.

Embargo von russischem Erdgas ist ausgeschlossen

Ein Embargo von russischem Erdgas, wie von der EU angedacht, hätte für die heimische Industrie katastrophale Folgen. Derzeit verbraucht Österreich gesamt rund acht Mrd. m³ Erdgas, davon benötigt die Industrie rund drei Mrd. m³. Die

Energiekostenanstieg und Vergleich zu Mitbewerbern



95 % der Energieintensiven Industrie sehen den Energiepreisanstieg als problematisch oder sehr problematisch. Den Vergleich mit Mitbewerbern in Deutschland schätzen 66 % so ein, in der Nicht-Energieintensiven Industrie sind es „nur“ 37 %.

größten Verbraucher sind dabei die Papierindustrie, die Chemie/Petrochemie, die Eisen-/Stahlindustrie, die Steine/Erden/Glasindustrie, die Nahrungsmittelindustrie, der Bergbau und die NE-Metallindustrie.

Laut einer Kalkulation des Ökonomen Christian Helmenstein für die Industriellenvereinigung würde ein Embargo für Energie und Rohstoffe 3,3 Prozent Wirtschaftsleistung bis Ende des Jahres kosten, denn die Industrie wäre massiv beeinträchtigt. Ein Lieferstopp von Erdgas hätte unterschiedliche Auswirkungen auf die Betriebe in verschiedenen Branchen. Für manche Firmen würde es eine gedrosselte Produktion bedeuten, andere könnten zwischenzeitlich gar nichts mehr herstellen und müssten die Produktion einstellen. Ein Komplettausfall großer Betriebe, die andere Industriezweige mit ihren Waren versorgen, würde jedenfalls eine Kettenreaktion auslösen. Die Effekte wären auch in anderen Branchen deutlich spürbar.

Schock für die Weltwirtschaft

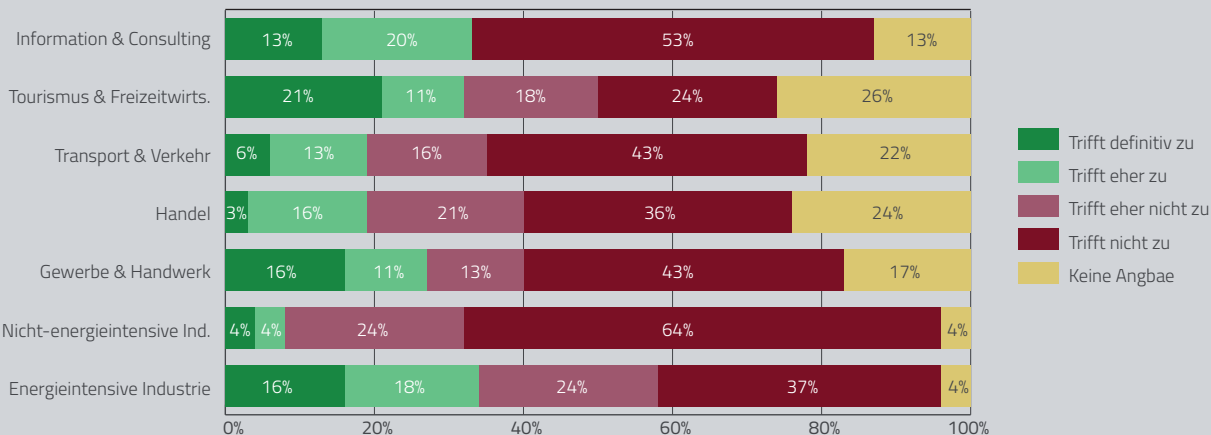
Vor Ausbruch des Russland-Ukraine-Konflikts wurde erwartet, dass sich die weltweite Erholung im Jahr 2022 fortsetzen würde. Doch der Krieg in der Ukraine hat einen neuen negativen Schock für die Weltwirtschaft ausgelöst, genau zu einem Zeitpunkt, an dem die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie abzuflauen schienen. Für Österreich haben die OeNB sowie die beiden

Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS ihre BIP-Prognosen für 2022 – im Vergleich zur Dezember-Prognose 2021 – um 0,6 bis 1,3 Prozentpunkte nach unten revidiert. Dementsprechend erwartet die OeNB ein BIP-Wachstum von 3,5 % (statt 4,3 %), das IHS 3,6 % (statt 4,2 %) und das WIFO 3,9 % (statt 5,2 %). Die Inflation wird von allen Instituten kräftig nach oben revidiert. Laut WIFO soll die Wertschöpfung in der heimischen Industrie daher im heurigen Jahr trotz sehr guter Auftragslage lediglich stagnieren.

Internationaler Vergleich

Dass die steigenden Energiekosten die heimische Wirtschaft in Alarmbereitschaft versetzt, bestätigt auch eine Studie des Energieinstituts der Wirtschaft (EIW) im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich. Befragt wurden dafür knapp 1.000 Betriebe quer durch die Branchen. Demnach sehen 83 Prozent den Anstieg der Energiekosten als problematisch oder sogar sehr problematisch – insbesondere auch, weil sie die Preissteigerungen nicht an ihre Kunden weitergeben können. Die massiven Kostensteigerungen belasten dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie, denn die Energieversorgung verteuert die Herstellungskosten. Es braucht jetzt dringend Entlastungen, um zu verhindern, dass der Standort Österreich auf Dauer unattraktiv wird. Dies gilt insbesondere für energieintensive Branchen.

Zurückstellung von Investitionen in Forschung und Entwicklung (n=624)



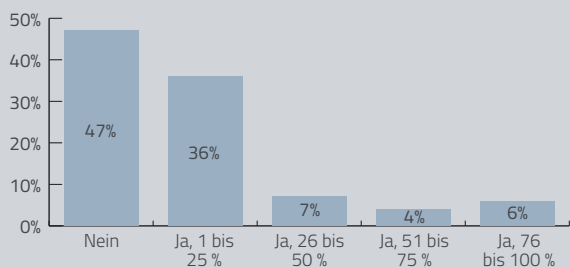
Quelle: WKO, IWI (2020) auf Basis der Statistik Austria (div. Jahre), Input-Output-Tabellen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2019

Österreich hat in den vergangenen 20 Jahren stark von der deutschen Energiewende und auch der Liberalisierung des Strommarktes profitiert. Die heimische Industrie und das Gewerbe haben sich dank EU-weiter Öffnung des Markts rund 10 Prozent an Stromkosten erspart. Vor allem die strompreisdämpfenden Effekte des starken Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik in Deutschland führten im Zeitraum zwischen 2000 und 2020 zu einer gesamten Einsparung von 26 Prozent. Wie Studien der Österreichischen Energieagentur zeigen, hat sich die Situation in den vergangenen Jahren jedoch stark verändert. Heute ist der Strompreis in Österreich – besonders im Winter – sehr oft deutlich höher als im Nachbarland Deutschland. Bis Oktober 2018 hatten Österreich und Deutschland die gleichen Strompreise im Großhandel. Die gemeinsame Strompreiszone wurde dann getrennt, seitdem treten Preisunterschiede zwischen den beiden

Märkten auf. Seit Herbst 2021 werden diese Spreads deutlich größer.

Der zusätzliche Kostendruck im internationalen Standortwettbewerb lässt sich anhand der Antworten der Befragten der WKO-Studie klar differenzieren: Gegenüber Mitbewerbern in Deutschland bewertet jeder zweite Betrieb die Situation als problematisch oder sogar sehr problematisch. In der energieintensiven Industrie sehen das sogar zwei Drittel der Unternehmen so. Gegenüber anderen EU-Staaten liegen die Werte bei 58 Prozent (alle) und bis zu 71 Prozent (Industrie und energieintensive Industrie). Verglichen mit dem außereuropäischen Mitbewerbern, bewerteten insgesamt 58 Prozent, und sogar 78 Prozent aus der energieintensiven Industrie die Situation als problematisch oder sehr problematisch.

Abdeckung Strombedarf durch Eigenerzeugung*

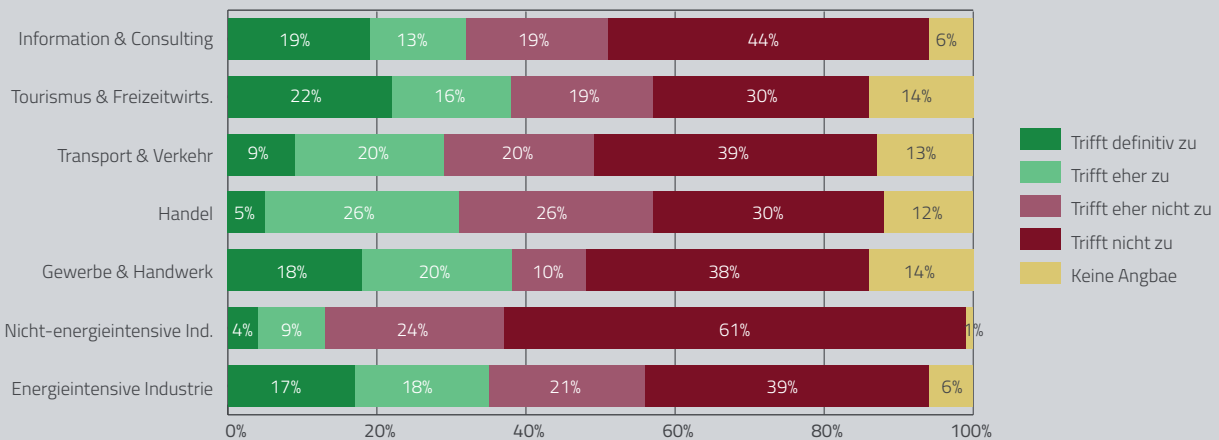


Quelle: WKO, Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung in Kammersystematik, endgültige Werte bis 2020 & vorläufige Werte für 2021
* Deckt Ihr Unternehmen einen Teil des Strombedarfs durch Eigenerzeugung aus erneuerbaren Quellen (z.B. PV, Wasserkraft, Produktions-Reststoffe,...)

Investitionen gehen zurück

Diese aktuellen Entwicklungen führen in den Betrieben auch zu unerfreulichen Folgewirkungen im Investitionsverhalten, nicht zuletzt da wesentlich mehr Mittel für die Energieversorgung aufgewendet werden müssen: 40 Prozent geben in der WKO-Umfrage an, dass die Situation negative Auswirkungen auf ihre Investitionstätigkeit im Kerngeschäft hat, in der energieintensiven Industrie sind es sogar knapp 50 Prozent. Auch Investitionen in Forschung und Entwicklung sind betroffen – 27 Prozent generell und 34 Prozent der energieintensiven Industrie

Zurückstellung von Investitionen in Klimaschutz/Dekarbonisierung (n=628)



Quelle: WKÖ, IWI (2020) auf Basis der Statistik Austria (div. Jahre), Input-Output-Tabellen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2019

bringen die Tendenz zum Aufschub von Investitionen zum Ausdruck.

Ausbau der erneuerbaren Energie

Neben der Suche nach neuen Lieferanten für die bis auf weiters benötigten Mengen an Erdgas, steht natürlich auch der Ausbau der erneuerbaren Energie im Fokus. Doch die Transformation des Energiesektors geht nicht von heute auf morgen und kostet zudem auch Geld. Der Anteil der erneuerbaren Energie in der österreichischen Industrie liegt bei 45 Prozent bezogen auf den Endenergieverbrauch. Laut Berechnungen des AIT könnte mit dem erneuerbaren Energiepotenzial von 231 TWh der industrielle Endenergieverbrauch in Österreich gedeckt werden. Was es jetzt braucht, ist eine Beschleunigung bei den Genehmigungsverfahren, damit der Ausbau der erneuerbaren Energien schneller voran geht.

Geforderte Entlastungsmaßnahmen

Die österreichische Industrie ist aufgrund der dramatischen Lage am Energiemarkt in einer extrem schwierigen Situation, die für viele Unternehmen sogar existenzbedrohend ist. Die Politik muss nun dringend handeln.

Strompreiskompensation zur Vermeidung von indirektem Carbon Leakage

Die Strompreiskompensation ist bereits im Regierungsprogramm enthalten und entspricht

dem EU-Beihilfenrecht.

- Die Mehrzahl der EU-Staaten hat die Strompreiskompensation bereits umgesetzt.
- Ersetzt der Industrie anteilig die im Strompreis bereits bezahlten CO₂-Kosten.
- Diese Maßnahme kostet rund 150 Mio Euro (nachträglich für 2021), 300-450 Mio Euro für 2022 (Grund für die Steigerung ist der dramatisch gestiegene CO₂-Preis).
- Betriebe müssen erhaltene Beihilfen anteilig wieder in Umweltmaßnahmen investieren.

Dekarbonisierungsfonds zur Beschleunigung von Klimaschutzmaßnahmen (mind. 200 Mio Euro)

- Nach Vorbild des deutschen Förderprogramms zur Dekarbonisierung der Industrie – Hauptziel ist die Reduktion der Prozessemissionen in energieintensiven Sektoren.
- Anwendung von Differenzverträgen („Carbon Contracts for Difference“), um enormes Preisrisiko für Betriebe abzufedern.

Gezielte Unternehmensbeihilfen gem. neuem EU-Krisenrahmen im Laufe des Jahres bei überproportional gestiegenen Strom- und Gaskosten.

- Der Fonds wurde von der EU-Kommission als Kriseninstrument vorgeschlagen und an strenge Kriterien geknüpft (nur bestimmte energieintensive Sektoren, nur über 3-Prozent-Anteil am Produktionswert).

Autorin: Herta Scheidinger

Industrieunternehmen, die, wie die Aluminiumindustrie, viel Energie verbrauchen, schlagen wegen des Preisanstiegs Alarm.



Hohe Energiepreise als Gefahr für den Industriestandort Österreich

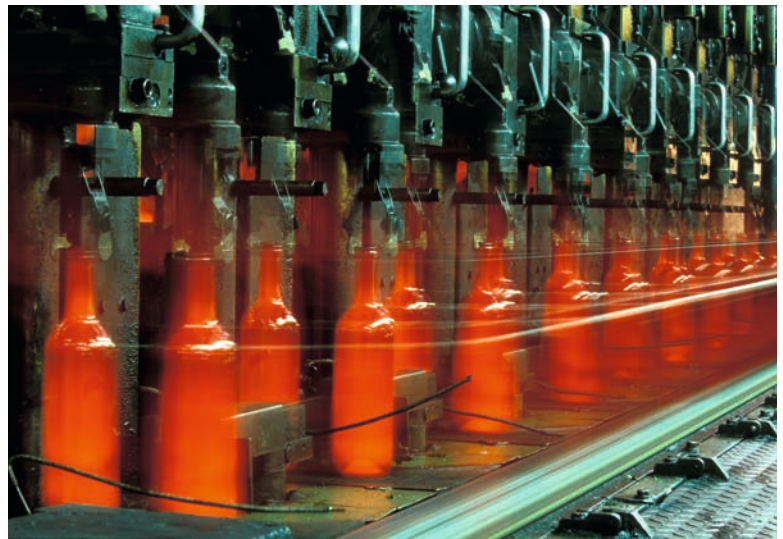
Die heimischen Industriebetriebe stehen vor großen Herausforderungen. Lieferkettenengpässe und explodierende Energiepreise setzen vor allem der energieintensiven Industrie zu. Wir haben nachgefragt.

Der Preis für Aluminium übertrifft längst das bisherige Hoch, das in der Wirtschaftskrise 2008 erreicht worden war. Dazu ist die Aluminium-Branche vom Konflikt in der Ukraine zentral betroffen, denn die Zulieferung ist gefährdet, steht doch mit RUSAL einer der größten Aluminiumplayer auf der Sanktionsliste. „Wir sehen erste Auswirkungen auf die Lieferketten und damit auf die Nachfrage. Wir sind davon aktuell weniger betroffen, da wir vor allem Komponenten für E-Fahrzeuge liefern, welche derzeit noch wie

geplant gebaut werden. Zudem sind wir mit extremen Preiserhöhungen im Bereich Energie konfrontiert, die Strompreise haben sich im Vergleich zu 2021 versiebenfacht und die Gaspreise verzehnfacht. Diese Kostensteigerungen müssen wir an unsere Kunden weitergeben“, so Rob van Gils, CEO HAI. Die ausreichende und verlässliche Versorgung mit Erdgas für die österreichische Industrie ist für van Gils sehr wichtig. „Neben der Suche nach alternativen Lieferanten für Erdgas sollten auch Maßnahmen auf der Verbrauchsseite

erfolgen, wie z. B. den Anteil von Erdgas für die Stromerzeugung und Wärmeerzeugung möglichst durch andere Energieträger zu kompensieren. Steuerliche Mehrbelastungen wie die CO₂-Steuer oder die EU-ETS-Zertifikate sollten temporär ausgesetzt werden. Eingriffe in den Energiemarkt sollten möglichst auf EU Ebene erfolgen, damit keine Verzerrungen im Wettbewerb auftreten, aktuell führen bereits einzelne Länder Obergrenzen ein, bzw. versuchen die eigene Volkswirtschaft zu schützen. Die Kosten für die Marktgebietstrennung zwischen Österreich und Deutschland haben sich mehr als verzehnfacht und sind nun höher als der Strompreis den wir in 2020 bezahlt haben“, so der HAI-CEO.

Einen weiteren Punkt bringt Gerald Mayer, CEO der AMAG, ins Spiel: „Die Preise für Energie sind bereits seit vorigem Sommer im Steigen. Die Ukraine-Krise beschleunigt diesen Trend dramatisch. Für die energieintensive Industrie, zu der die AMAG mit einem Gesamtenergieverbrauch von 750 GWh pro Jahr zählt, bringt dies enorme Kostensteigerungen. Diese können in keiner Weise durch Einsparungen kompensiert werden, sondern müssen direkt an die Abnehmer und in letzter Konsequenz an die Endkonsumenten weitergegeben werden. Die Preiserhöhungen können zu einer deutlichen Abschwächung des Wirtschaftswachstums führen. Durch die unterschiedliche Preisentwicklung für Erdgas in Europa und den USA entsteht ein Wettbewerbsnachteil für europäische Produzenten.“ Einen schnellen Ausstieg aus Erdgas sieht er allerdings nicht: „Aktuell und auch mittelfristig sehen wir keine Alternativen zu russischem Erdgas. Ein Lieferstopp für Erdgas führt bei uns zum Stillstand der Produktion“, so Gerald Mayer, und weiter: „Erdgas ist und bleibt bis auf Weiteres der Energieträger für das Einschmelzen von Aluminiumschrott und somit dem Recycling, für das Aufwärmen der Walzbarren vor dem Warmwalzen sowie für die Wärmebehandlung unserer Walzprodukte. Damit hängen alle Produktionsstufen und somit der gesamte Standort in Ranshofen von einer stabilen Versorgung mit Erdgas ab.“



Aufgrund der Kostenentwicklungen wird die Vetropack-Gruppe im laufenden Jahr weitere Preisadjustierungen durchführen müssen.

„Die Strompreise haben sich im Vergleich zu 2021 verzehnfacht, die Gaspreise verzehnfacht. Diese Kostensteigerungen müssen wir an unsere Kunden weitergeben.“

Rob van Gils, CEO HAI



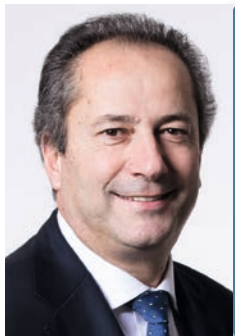
Glasindustrie leidet unter Preisanstieg

Die Vetropack-Gruppe hat als international bedeutender Glasverpackungshersteller ihre Produktionskapazitäten in den letzten Jahren laufend erhöht, um die hohe Nachfrage zu bedienen und die Marktposition weiter auszubauen. „Unabhängig von dieser positiven Entwicklung stiegen jedoch in den letzten Monaten die Kosten für Betriebsmittel wie Energie, Rohstoffe, Verpackung und Transport extrem an. Mit der zunehmenden Inflation werden auch die Personalkosten zunehmen. Aufgrund dieser Kostenentwicklungen wird auch die Vetropack-Gruppe im laufenden Jahr weitere Preisadjustierungen durchführen müssen“, heißt es vom Unternehmen. Doch Vetropack ist vom Ukraine-Krieg auch unmittelbar betroffen. Wegen der militärischen



Trotz ihres schon sechzigprozentigen Anteils von erneuerbaren Energieträgern ist die Papierindustrie noch immer stark von Gas abhängig.

Eskalation im Ukraine-Krieg und zum Schutz der Mitarbeitenden stoppte die Vetropack-Gruppe im Februar temporär das Glaswerk in Gostomel in der Nähe von Kiew. „Angesichts der raschen und ungewissen Entwicklung ist es unmöglich, die



„Gaskraftwerke, die Strom und Wärme produzieren sind die beste verfügbare Technik, weil sie hocheffizient sind und geringe CO₂-Emissionen verursachen.“

Kurt Maier, Präsident Austropapier und CEO Heinzel Group

Auswirkungen auf unsere Unternehmensgruppe für das Geschäftsjahr 2022 schon jetzt zu quantifizieren. Für das restliche Jahr kann in unserem Glaswerk in der Ukraine nicht mehr produziert werden. Das führt zu einer Reduktion des Nettoumsatzes der Gruppe um rund zehn Prozent“, so das Unternehmen.

Papierindustrie

Österreichs Papierindustrie leidet enorm unter den exorbitant gestiegenen Energiepreisen. Die energieintensiven Unternehmen der Papierindustrie zahlen derzeit bis zu zehnmal mehr für

Strom und Gas als noch im Vorjahr. Trotz ihres schon sechzigprozentigen Anteils von erneuerbaren Energieträgern ist die Papierindustrie noch immer stark von Gas abhängig. „Unternehmen mit integrierter Zellstoffproduktion tun sich hier leichter. Sie können die anfallenden Reststoffe energetisch nutzen. Bei Papierfabriken, die auf Altpapierbasis produzieren oder Zellstoff zukaufen müssen, sind Gaskraftwerke, die Strom und Wärme produzieren die beste verfügbare Technik, weil sie hocheffizient sind und geringe CO₂-Emissionen verursachen“, erklärt Kurt Maier, Präsident der Austropapier. Trotz des hohen Anteils an erneuerbaren Energieträgern sind deshalb viele Unternehmen auf Gas angewiesen. In allen Werken laufen Projekte, um von fossilen Energieträgern weniger abhängig zu werden. Kurzfristig benötigt die Industrie jedoch rasche Entlastungen, um die Produktion aufrecht zu erhalten. Ein Importstopp von Gas hätte existenzielle Auswirkungen – nicht nur auf die Betriebe und ihre Mitarbeiter, sondern auch auf die Fernwärmeauskopplung und die Versorgung mit Hygieneprodukten, in Papier verpackten Lebensmitteln und Medikamenten. Die bisher von der Regierung angekündigten Entlastungsmaßnahmen helfen nicht ausreichend. Um sicherzustellen, dass nicht noch weitere Betriebe stillgelegt werden müssen, braucht es jetzt weitere Schritte zur Entlastung, zum Beispiel eine rasche Umsetzung der indirekten CO₂-Kostenkompensation. Das würde bedeuten, dass energieintensive Unternehmen die von Stromlieferanten eingepreisten CO₂-Kosten rückerstattet bekommen.

Regionale Lieferketten fokussieren

Auch für den Wälzlager-Erzeuger SKF hat die Corona-Pandemie in den vergangenen Jahren die Rohmaterialverfügbarkeit durch Beeinträchtigung der globalen Transport- und Logistikketten spürbar erschwert. Der Krieg in der Ukraine hat diese Entwicklung nochmals verschärft. „Wir gehen von einer weiteren Verknappung von Rohstoffen und Rohmaterialien bzw. von weiter steigenden Preisen im Energiebereich aus. Unsere Kernaufgabe besteht



Bei SKF geht man von einer weiteren Verknappung von Rohstoffen und Rohmaterialien bzw. von weiter steigenden Energiepreisen aus.

darin, diese negativen Rahmenbedingungen bestmöglich abzufedern und nicht auf unsere Wettbewerbsfähigkeit durchschlagen zu lassen“, sagt SKF-CEO Franz Hammelmüller, und weiter: „Wir sind überzeugt, dass eine energiepolitische Lösung nur durch eine geeinte Vorgehensweise in Europa gefunden werden kann: kurzfristig durch möglichst schnelle Alternativen zur Gasversorgung von Russland sowie mittel- und langfristig durch gemeinsame und übergreifende Lösungen bei Alternativenergien. Die Fokussierung auf regionale Lieferketten ist ein richtiger und wichtiger Schritt, um vergleichbare Situationen und Abhängigkeiten in Zukunft zu vermeiden.“

Unabhängigkeit von Erdgas

Die Kostenexplosion bei den Primärenergieträgern wie Kohle, Öl und Gas spürt man in den Zementwerken von Lafarge vor allem bei zugekauften Produkten, welche in der Erzeugung von diesen Energieträgern abhängig sind. „Aufgrund der bereits in den späten 1980ern begonnenen und konsequent fortgesetzten Strategie, aus Sekundär- und Abfallstoffen Energie zu produzieren, haben wir heute beinahe die Unabhängigkeit von Gas-, Öl- und Kohleimporten sowie eine regionale Versorgung mit ressourcenschonenden Rohstoffen erreicht“, erklärt Berthold Kren. Erdgas hat nur noch eine geringe Bedeutung für Lafarge. Fossile Brennstoffe kommen nur bedingt zum Einsatz. Wenn sich der Ofen im Normalmodus befindet, dann werden vorwiegend Ersatzbrennstoffe eingesetzt, der Anteil



Für die Herstellung einer Tonne Zement werden im Durchschnitt 114,82 kWh elektrischer Strom benötigt – eine dramatische Situation für Lafarge.

der fossilen Brennstoffe ist gering (rund 10 Prozent und weniger). Lafarge hat ca. 30 Jahre und sehr viele Investitionen gebraucht, um sich aus der Abhängigkeit von Kohle, Öl und Gas zu retten. Beim

„Wir haben heute beinahe die Unabhängigkeit von Gas-, Öl- und Kohleimporten sowie eine regionale Versorgung mit ressourcenschonenden Rohstoffen erreicht.“

Berthold Kren, CEO Lafarge



Strom ist die Situation aber nach wie vor dramatisch. Für die Herstellung einer Tonne Zement werden im Durchschnitt 114,82 kWh elektrischer Strom benötigt. Mittel- und langfristig erwartet man bei Lafarge einen Nachteil für den österreichischen Standort, wenn die regionale Elektrizitätsversorgung nicht rasch verbessert wird. Bereits jetzt sind eklatante Preisunterschiede mit Nachbarmärkten feststellbar und bei weiterer Verschlechterung der Lage wird das zu Verzerrungen am Markt führen. Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben, Netz- und Versorgungskapazitäten beim Strom auszubauen. ■

Autorin: Herta Scheidinger

„Ein Investitionsplan in der Höhe von 18 Milliarden Euro liegt vor“

DI Mag. (FH) Gerhard Christiner, Technischer Vorstand der APG und Mag. Thomas Karall, Kaufmännischer Vorstand der APG, sprechen im Interview über ausbleibendes Gas aus Russland, die Energiewende, Genehmigungsverfahren und den Komplettumbau des österreichischen Stromnetzwerkes.



DI Mag. (FH) Gerhard Christiner, Technischer Vorstand der APG und Mag. Thomas Karall, Kaufmännischer Vorstand der APG, im Interview.

Angesichts der aktuellen politischen Lage im Osten Europas stellt sich die Frage der Zuverlässigkeit der Gaslieferungen aus Russland. Zunehmend werden Rufe laut, die einen schnellen Ausstieg aus der Abhängigkeit russischer Erdgaslieferungen verlangen. Stattdessen soll der Ausbau alternativer Energiequellen forciert werden, wofür aber einige Hürden genommen werden müssen.

Wie stark ist die Stromproduktion in Österreich von Erdgasimporten aus Russland abhängig?

Gerhard Christiner: Ohne Gaskraftwerke ist eine sichere Stromversorgung Österreichs derzeit nicht möglich. Im Februar haben wir ein Drittel des Stroms aus Gas, ein Drittel aus Erneuerbaren gewonnen und ein Drittel haben wir importiert. Wir brauchen mehr erneuerbare Energie.

Für den Fall, dass Gaslieferungen aus dem Osten ausbleiben, wäre es möglich, das Erdgas durch andere Energiequellen zu ersetzen?

Thomas Karall: Mittel und langfristig benötigen

wir mehr Ausbau von erneuerbaren Energien und einen dementsprechenden Netzausbau, um noch mehr Strom aus grüner Energie zu gewinnen.

Im Hinblick auf die Energiewende wird ohnehin gefordert, verstärkt auf alternative Energiequellen zu bauen, auch um autark und somit unabhängig von Energieimporten zu werden. Für eine autarke Stromversorgung aus alternativen Energiequellen in Österreich kommen Biogas, Wind, Sonne und Wasserkraft in Frage. Welche Herausforderungen gilt es hier beim Ausbau der Netze zu bewältigen?

Christiner: Wir befinden uns inmitten eines Systemumbaus, damit die Energiewende und die CO₂-freie Stromversorgung von Gesellschaft, Wirtschaft und Industrie gelingt. Bis 2030 muss der Stromverbrauch zu 100 Prozent mit nachhaltiger Energie gedeckt werden. Das bedeutet eine Verdoppelung der erneuerbaren Anlagen, die wir bereits jetzt in Österreich haben. Unsere Aufgabe ist es, Österreich auch während dieser Umbauphase sicher mit Strom zu versorgen. In diesem Transformationsprozess ist es notwendig, im Gesamtsystem – Erzeugung, Stromnetz, Speicher – ausreichende Kapazitäten zu schaffen. Unsere nahezu täglichen Eingriffe in den Strommarkt – 241 Tagen im Jahr 2021 – zeigen, dass das Stromsystem immer öfter in den Grenzbereich fährt. Nur durch unser hoch qualifiziertes Personal in unserer Steuerzentrale, die europäische Zusammenarbeit sowie regelmäßige Simulationstrainings können derartige Zwischenfälle gemanagt werden.

Karall: Die Netzinfrastruktur der APG ist mit ihren verfügbaren Kapazitäten am Limit und deswegen ist ein zeitgerechter Um- und Ausbau das Gebot der Stunde. 2022 investieren wir rund 370 Millionen Euro in unsere Strominfrastruktur. In den kommenden zehn Jahren werden wir 3,5 Milliarden Euro in den Um- und Ausbau investieren. Verfügbare State-of-the-Art-Technologien und die Weiterentwicklung von digitalen Plattformen, mittels derer alle Akteure des Stromsystems integriert und für Systemdienstleitungen nutzbar gemacht werden, unterstützen darüber hinaus die Versorgungssicherheit 24/7 zu gewährleisten.

Was ist notwendig, um das Thema in der Bevölkerung stärker zu verankern?

Christiner: Um den Klimawandel zu bewältigen, müssen wir als Gesellschaft kompromissbereit und veränderungswillig sein. Als Unternehmen heißt das, höchstmögliche Transparenz zu schaffen und die Menschen in die Entwicklungen frühzeitig einzubeziehen. Die Energiewende sowie die Elektrifizierung von der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Industrie ist ein gesellschaftliches Großprojekt das neben den erforderlichen

Um den Klimawandel zu bewältigen, müssen wir als Gesellschaft kompromissbereit und veränderungswillig sein.

technischen Um- und Ausbauten die wirtschaftlichen Voraussetzungen und vor allem einen von der Politik vorgegebenen Ordnungsrahmen benötigt. Wenn wir dieses Verständnis gemeinsam entwickeln und in der Umsetzung keine Verlierer zurücklassen, dann werden wir die Bevölkerung für diesen Weg gewinnen. Nur mit offensiver Kommunikation und Einbeziehung möglichst aller Akteure und dem Verständnis zur Schaffung nachhaltiger Lebensbedingungen, für zukünftige Generationen, werden wir das Bewusstsein schaffen und somit mögliche Widerstände gemeinsam überwinden. Wir müssen es schaffen von „not in my backyard“ zu „as soon as possible“ zu kommen.

Was wäre aus Ihrer Sicht von staatlicher Seite zu tun, um die Wende in Österreich zu schaffen?

Karall: Die aktuellen Entwicklungen der Strom- und Energiepreise sowie die geopolitischen Entwicklungen in der Ukraine zeigen, wie wichtig eine rasche und sichere Transformation zu einem

nachhaltigen Energiesystem ist. Dazu braucht es eine umgehende Gesamtsystemplanung sowie entsprechende Kapazitäten in den Bereichen Netze, Speicher, Produktion, Reserven und digitale Plattformtechnologien zur Nutzung der Flexibilitäten aller Akteure des Systems. Dies alles muss umgehend erfolgen. Die Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, der Schutz von Planungs- und Bestandstrassen, ein modernes Regulierungssystem und die Schaffung ausreichender Ressourcen auf Behördenseite sind dabei ein zentraler Hebel. Nur dann kann das APG Investitionsprogramm von 3,5 Mrd. Euro bis 2032 in die heimische Strominfrastruktur ihren Beitrag zur Energiewende, der sicheren Transformation sowie der Elektrifizierung aller Sektoren leisten. Wir müssen so schnell wie möglich vom Planen ins Tun kommen. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Wie lange schätzen Sie, wird die Umstellung dauern und mit welchen Kosten wird sie verbunden sein?

Christiner: Fakt ist, dass es energiepolitische Zielsetzungen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene gibt, beispielsweise Strom aus 100 Prozent Erneuerbaren bis 2030 oder das Pariser Klimaschutzabkommen. Es liegt in der Verantwortung aller maßgeblichen Akteure alles zu tun, damit wir vom Planen ins Tun kommen. Die

Wir investieren alleine heuer 370 Millionen Euro in die Modernisierung unserer Strominfrastruktur.

Zieldiskussion müssen wir sofort beenden. Es braucht eine Fokussierung wie wir gemeinsam die Projekte umsetzen können. Alleine im Bereich der Stromnetze liegt ein Investitionsplan in der Höhe von 18 Milliarden Euro vor. Wir investieren alleine heuer 370 Millionen Euro in die Modernisierung unserer Strominfrastruktur. Wenn Sie dann noch

Bereiche wie Gebäudesanierung, Mobilität, Speicher, Einsatz neuer Technologien dazuzählen, dann ist gesamthaft von mehreren dutzenden Milliarden Euro für das Gesamtprojekt der Energiewende auszugehen.

In welchem Ausmaß werden Energiekosten für die Österreicher steigen?

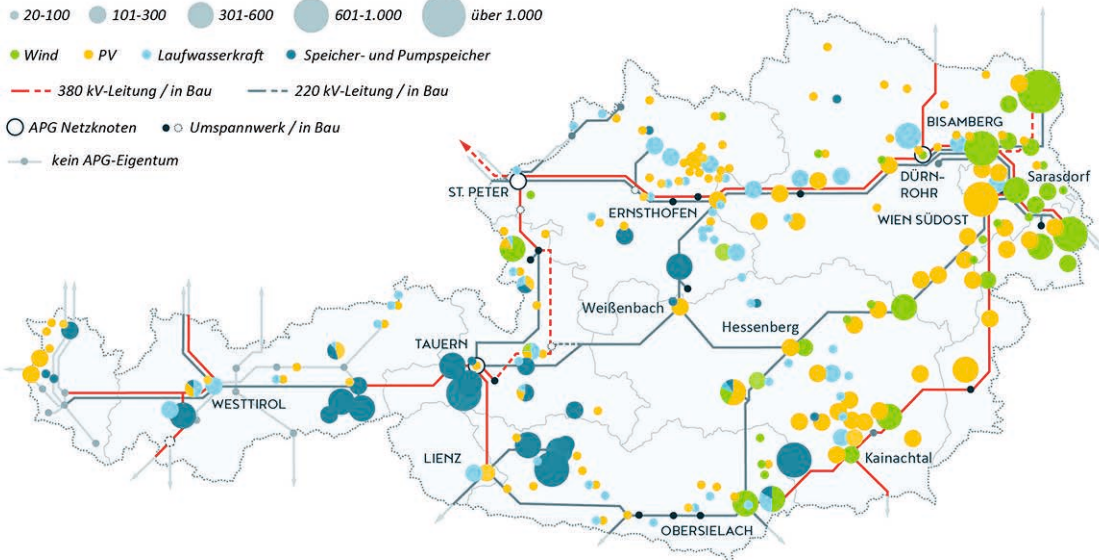
Karall: Aufgrund der steigenden Investitionen in der gesamten Energiewirtschaft werden die Gesamtkosten für die Energiewende steigen. Dazu gehört naturgemäß auch die Netzinfrastuktur. Der Netzentwicklungsplan der APG ist beim Regulator beschiedet und somit auch unser Investitionsplan für die nächsten Jahre legitimiert. Die Aufteilung der Kosten für die Energiewende ist eine zutiefst gesellschaftspolitische Frage, die an anderer Stelle zu klären ist.

Wieviel Zeit wird der Netzbau in Anspruch nehmen? Sind hier nicht Milliarden-Investitionen dafür notwendig?

Christiner: Der Netzentwicklungsplan 2021 beinhaltet insgesamt 46 Projekte. Dieser beinhaltet die Errichtung 20 neuer Umspannwerke – für die Verbindung zu den Verteilernetzen, die sichere Stromversorgung und als Einspeisepunkte für die erneuerbaren Energieträger – sowie wichtige Leitungsgroßprojekte. Im diesjährigen Netzentwicklungsplan wurden 14 Projekte neu zur Genehmigung eingereicht und durch die Regulierungsbehörde E-Control genehmigt. Die dringend erforderlichen Maßnahmen gegen den Klimawandel benötigen eine rasche Energiewende. Für die sichere Transformation des Stromsystems hin zu ausschließlich erneuerbaren Energien ist die Umsetzung der im Netzentwicklungsplan enthaltenen Projekte essenziell. Österreich liegt mit einer Versorgungssicherheit von 99,99 Prozent im weltweiten Spitzenfeld. Damit das auch während der Transformation des Energiesystems so bleibt, benötigen wir den Ausbau der Kapazitäten des Stromnetzes synchron mit den weiteren Bereichen des Stromsystems, wie Speicher, Kraftwerksreserven, nachhaltiger Produktion und deren Inte-

Regionale Erneuerbaren-Verteilung erfordert zügigen und ganzheitlichen Netzausbau

Erneuerbaren Energieerzeugung ab 20 MW Leistung:



Auftraggeber: APG Austrian Power Grid

APA-GRAFIK ON DEMAND

gration. Zusätzlich bedarf es der Nutzung digitaler Plattformtechnologien zur Integration aller Akteure des Energiesystems. Damit vor allem die Leitungsgrößenprojekte zeitgerecht umgesetzt werden können, bedarf es verbesserter Rahmenbedingungen bei den Genehmigungsverfahren. Ein wesentlicher Faktor für die Umsetzung der notwendigen Leitungsprojekte ist die Dauer der Genehmigungsverfahren. Diese sind derzeit sehr komplex und langwierig. Denken Sie etwa an die Salzburgleitung, die erst mit einer Verspätung von zehn Jahren gebaut werden konnte. Um diese Defizite zu beseitigen und den bereits zeitlich stark verzögerten Netzausbau, sowie die Strom- und Energiewende in Österreich zu beschleunigen, gilt es die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Wird sich das nicht auch negativ auf den Industriestandort Österreich auswirken?

Karall: Alle großen Leitungsprojekte der APG sind essenziell für die Umsetzung der Energiewende sowie der Elektrifizierung der Industrie in Österreich. Nur wenn Unternehmen, deren Prozesse stark auf fossilen Energien aufbauen,

auf Strom aus Erneuerbaren umsteigen können, ist ihr Überleben gesichert. Denn die hohen CO₂-Steuern wird sich auf Dauer niemand leisten können. Der Ausbau des österreichischen Hochspannungsnetzes insgesamt, (z. B. Weinviertelleitung, Zentralraum Oberösterreich), ermöglicht erst Projekte wie etwa eine Umstellung der voestalpine auf Wasserstoff oder auch Investitionen der Infineon in Villach.

Welche Rolle wird Wasserstoff im Rahmen der Energiewende spielen?

Christiner: Grüner Wasserstoff könnte künftig eine wesentliche Rolle bei der Dekarbonisierung des Energiesystems spielen und kann somit entscheidend zur Flexibilisierung des Stromsystems beitragen. In der Hochlaufphase müssen Anreize gesetzt werden, um einen Aufbau der Erzeugung von grünem Wasserstoff im Wettbewerbsmarkt zu ermöglichen. Zudem sollen Elektrolyseure und Pumpspeicherkraftwerke künftig von Netznutzungs- und Netzverlustentgelten befreit werden. ■

Autor: Stephan Scoppetta

Die Maritime Wirtschaft Österreichs in Zahlen

„Ocean industries are not developing in isolation, neither from one another nor from the ocean environment of which they are part. On the contrary, they interrelate and interact with other activities and their ocean surrounds in a myriad of different ways.“ *(The Ocean Economy 2030, OECD)*

Es mag seltsam anmuten, Wirtschaftsaktivität mit Meeresbezug in einem Staat zu analysieren, der seit rund 100 Jahren keinen eigenen Zugang mehr zum Meer hat. Die Führungsrolle österreichischer Firmen und Produkte in Nischen am Weltmarkt sorgt aber trotzdem dafür, dass in Österreich eine Basis an international erfolgreichen Aktivitäten im Segment der Maritimen Wirtschaft vorliegt. Laut einer Untersuchung des

Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI) erwirtschaften 361 österreichische Unternehmen einen inlandswirksamen Maritimen Jahresumsatz von bis zu 1,28 Mrd. Euro. Insgesamt sind in der Maritimen Wirtschaft bis zu 4.182 Beschäftigte in Österreich tätig. Diese Unternehmenssubstanz ist mehrheitlich groß- und mittelbetrieblich strukturiert. Regional betrachtet zeigt sich, dass viele Standorte in seenreichen Gebieten vorzufinden sind (z. B. im Salzkammergut); zusätzlich sind die Landeshauptstädte aufgrund ihrer Attraktivität als Headquarter-Standort häufig vertreten.

Infobox

Die Europäische Union subsummiert dem Meer zurechenbare wirtschaftliche Aktivitäten unter „blue economy“, also der Blauen Wirtschaft. Sie umfasst alle Sektoren und sektorübergreifenden wirtschaftlichen Tätigkeiten, die auf Ozeanen, dem Meer oder Küsten basieren oder damit in Verbindung stehen. In ihrem Blue Economy Report fasst die Europäische Union jährlich Stand und Entwicklung der Maritimen Wirtschaft zusammen.

Klassische Maritime Segmente: lebende Meeresressourcen, leblose Meeresressourcen, standortgebundene Offshore Windkraftanlagen, Hafen-Aktivitäten, Schiffbau und -instandhaltung, Maritimer Transport, Küstentourismus.

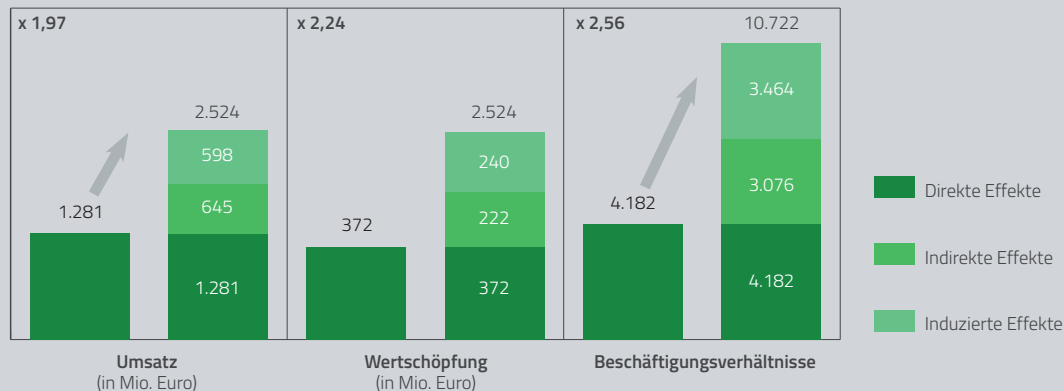
Aufkommende Maritime Segmente: Meeresenergie (Ocean Energy: floating wind energy, wave and tidal energy etc.), Meeresmineralien (marine minerals), Entsalzung (Desalination), Maritime Verteidigung, Unterwasserkabel.

Intensive volkswirtschaftliche Verflechtung

Die Maritime Wirtschaft ist ein vernetzter Faktor im gesamtwirtschaftlichen Gefüge. Sie löst nicht nur in den eigenen Unternehmen Umsätze, Wertschöpfung oder Beschäftigung aus, sondern ist über Verflechtungen mit zahlreichen anderen heimischen Branchen verbunden, sowohl auf der Seite ihrer Zulieferer als auch auf der Seite der Kunden. Über ihre wirtschaftliche Vernetzung mit anderen Wirtschaftsbereichen geben die Maritimen Unternehmen Impulse an die gesamte österreichische Volkswirtschaft weiter.

Die Kooperation mit anderen Unternehmenseinheiten sowie der Bezug von Vorleistungen werden neben direkten zusätzlich indirekte und induzierte Effekte bewirkt. Bei den direkten Effekten handelt es sich um Effekte, die unmittelbar durch die Maritimen Unternehmen in der österreichischen Volkswirtschaft zu beobachten bzw. zu messen sind. Indirekte Effekte der Maritimen Unternehmen werden auf Seite der Nachfrage entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Vorleistungsverbundes induziert (Backward-Linkages), indes-

Volkswirtschaftliche Effekte der Maritimen Wirtschaft



Anm.: Rundungsdifferenzen möglich. Auswertung nach ÖNACE 2008. Input-Output-Tabelle 2016. Output-zu-Output-Modell des IWI. Beschäftigungsverhältnisse (BV) werden mit den Angaben zu Mitarbeiterzahlen aus der Datenbank des IWI harmonisiert und modell-exogen ausgewiesen. Infolgedessen beruhen ebenso etwa die Arbeitnehmerentgelte mittelbar auf den Ergebnissen der IO-Analyse. Quelle: IWI (2020) auf Basis der Statistik Austria (div. Jahre), Input-Output-Tabellen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2019

sen ergeben sich induzierte Effekte über den durch die (direkt und indirekt) generierte Beschäftigung bzw. über den durch die generierten Investitionen der Maritimen Wirtschaft österreichischen Volkswirtschaft ermöglichten Konsum.

Aus einer vonseiten des IWI realisierten gesamtwirtschaftlichen Modellrechnung für das Referenzjahr 2019 ergibt sich, dass mittels der Maritimen Wirtschaft ein gesamtwirtschaftlicher Umsatz in Höhe von 2,52 Mrd. EUR in Österreichs Wirtschaft ausgelöst wird; das entspricht in etwa 0,27 Prozent an gesamtwirtschaftlichem Anteil. In weiterer Folge initiieren die Maritimen Unternehmen eine gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung in Höhe von 0,83 Mrd. EUR, wovon 0,37 Mrd. EUR direkt auf die Maritime Wirtschaft abzuleiten sind sowie sich 0,22 Mrd. EUR an indirekten und 0,24 Mrd. EUR an induzierten Wertschöpfungseffekten ergeben. Summa summarum können mehr als 10.700 abgesicherte Arbeitsplätze in der heimischen Volkswirtschaft den Unternehmen der Maritimen Wirtschaft zugerechnet werden. Direkt sind rund 4.200 Beschäftigte zuzuordnen, über indirekte Effekte bzw. Vorleistungsverflechtungen ergeben sich rd. 3.100 Beschäftigte in Österreichs Wirtschaft sowie weitere rund 3.500 Beschäftigte über induzierte Effekte.

In Vollzeitäquivalente (VZÄ) ausgewiesen, ergeben sich durch die Aktivitäten der Maritimen Wirtschaft 9.300 VZÄ; direkt 3.900 VZÄ sowie weitere 2.600 indirekte und 2.800 induzierte VZÄ. Insgesamt

belaufen sich die kumulierten Arbeitnehmerentgelte der Maritimen Unternehmen auf eine Summe von 449 Mio. EUR, davon 208 Mio. EUR direkt sowie 121 Mio. EUR indirekt und 120 Mio. EUR induziert.

Werden die mittelbaren profitierenden Branchen betrachtet, so geht hervor, dass jene, die indirekt sowie induziert am meisten von der Maritimen Wirtschaft Nutzen ziehen, (gemessen an der Wertschöpfung) u.a. das Grundstücks- und Wohnungswesen mit rund 56 Mio. EUR, der Großhandel mit 39 Mio. EUR sowie mit rund 26 Mio. EUR die Forschung und Entwicklung sind. Die Beherbergung & Gastronomie profitiert mit 24 Mio. EUR. Es folgen u. a. die Branchen der Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr, des Einzelhandels, der Herstellung von Metallerzeugnissen und der Erbringung von Finanzdienstleistungen.

Die Maritime Wirtschaft kann auch in Österreich Wohlstand generieren. Mit jedem erwirtschafteten Euro wird in der heimischen Volkswirtschaft ein weiterer Euro generiert. Mit jedem Arbeitsplatz werden eineinhalb weitere Arbeitsplätze gesichert. Österreichs Wirtschaft ist stark, kreativ und anpassungsfähig, auch in Segmenten, die auf den ersten Blick überraschen mögen.

Autor: Peter Luptáčík, wissenschaftlicher Bereichsleiter am Industriewissenschaftlichen Institut (IWI).

Bis hierher – und immer weiter?

Der Ukraine-Krieg prolongiert die seit der Finanzkrise vorherrschende geld- und fiskalpolitische Ausnahmesituation und erzwingt eine grundlegende Erneuerung der europäischen Finanzarchitektur.

Europa hat im Umgang mit den von der Finanz- Staatsschulden- und Coronakrise ausgelösten ökonomischen Schocks eine beachtliche Lernfähigkeit unter Beweis gestellt. Immer dann, wenn sich die Lage geld- oder fiskalpolitisch zuspitzte, kam es zu einem zwischen der Europäischen Zentralbank (EZB), dem Europäischen Rat und der EU-Kommission eng abgestimmten Einsatz „unkonventioneller“ Hilfsmaßnahmen, mit denen das Schlimmste verhindert werden konnte. Geldpolitisch geht es dabei vor allem um großvolumige Anleihekäufe bei zugleich extrem niedrigen Zinsen, fiskalpolitisch hingegen um gewichtige nationale, sowie zuletzt auch gesamteuropäische Hilfspakete.

Mit dem Auslaufen der COVID-Krise verband sich die Hoffnung auf Normalisierung in beiden für die Finanzmarktstabilität wie den Zusammenhalt des Euro so entscheidenden Aktionsfeldern. Der Schock der Ukraine-Krise mit ihren derzeit noch in keiner Weise abschätzbaren Folgekosten erzwingt nun jedoch eine Fortsetzung des finanzpolitischen

Nullzinsen dienen dem Zusammenhalt des Euro. Sie lassen sich nicht mehr mit Inflationszielen begründen.

Rettungseinsatzes. Dies ist vor allem deshalb problematisch, weil sich dessen unerwünschte Nebenwirkungen in Gestalt von Preisblasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten und damit verbundenen verteilungspolitischen Verwerfungen spätestens jetzt nicht mehr länger verdrängen lassen. Zusätzlich unterhöhlt die sich seit Ende vergangenen Jahres verschärfende Inflation die bisherigen Begründungen des permanenten Einsatzes notfallmedizinischer Instrumente.

So wurden die Staatsanleihekäufe der EZB über die längste Zeit mit dem Anstreben eines gesamteuropäischen Mindest-Inflationszieles von etwas unter zwei Prozent gerechtfertigt. Unausgesprochen blieb jedoch, dass sie zuallererst der Absicherung des Zusammenhalts der Gemeinschaftswährung dienen. Nicht weniger problematisch ist die kollektive Verdrängung der Tatsache, dass der im Sommer 2020 zustande gekommene, 750 Milliarden Euro schwere Corona-Wiederaufbaufonds („Next Generation EU“) schwerwiegende Konstruktionsfehler aufweist. Zugleich zeigt sich deutlich, dass die durch die aufeinanderfolgenden Krisen verursachten Staatsdefizite nicht mehr in das Korsett der vor drei Jahrzehnten im Vertrag von Maastricht festgelegten Verschuldungsregeln passen. Um das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung zu erhalten, ist deshalb spätestens jetzt eine grundlegende Erneuerung der europäischen Finanzmarktarchitektur in Angriff zu nehmen.

Lektionen aus der Staatsschuldenkrise

Im Rückblick zeigt sich, dass Europa auf die in Folge der Finanzkrise 2008 stark angestiegenen Staatsschulden und das damit verbundene Auseinanderstreben der Anleihekosten in den Euro-Mitgliedsstaaten zunächst mit einiger Verzögerung reagierte. Beinahe ein Jahrzehnt lang hatte man sich nach der 1999 erfolgten Einführung der Gemeinschaftswährung an eine weitgehende Angleichung der Renditen von Staatsanleihen gewöhnt. Nun jedoch zeigte sich, wie exponiert Europa in Krisen ist – aus dem einfachen Grund, dass zwar die Geldpolitik zentral gesteuert wird, die Verantwortung für die Staatshaushalte jedoch bei den Mitgliedsstaaten verbleibt. Diese waren zugleich als nationaler Firmensitz international verflochtener Großbanken von deren Sanierungskosten unmittelbar budgetär betroffen. Die daraus entstandenen Budgetdefizite verursachten Bonitätsprobleme und wurden zum Auslöser der europäischen Staatsschuldenkrise. Ein vergleichbares, jederzeit

wiederholbares zwischenstaatliches Ansteckungsproblem in Finanzkrisen kann sich in den USA nicht stellen, da diese im Unterschied zu Europa als Fiskalunion agieren.

Allzu lange blieb damals offen, ob eine bis dahin für undenkbar gehaltene Zahlungsunfähigkeit eines oder mehrerer Eurostaaten weiterhin ausgeschlossen werden konnte. Erst als im Sommer 2012 ein Zerfall des Euro drohte, fiel die Entscheidung für den koordinierten Einsatz ganz neuer Instrumente. Mario Draghi kündigte als damaliger EZB-Präsident unlimitierte Liquiditätsunterstützung für Europas Banken an. Begleitend dazu richtete die EU anstelle der zuvor lediglich temporären Notfallhilfen den permanenten Rettungsschirm ESM ein. In weiterer Folge setzten ab 2015 die Anleihe-Kaufprogramme der EZB ein, wobei der Ankauf von Staatsanleihen im Wege von Banken erfolgt, da der Maastricht-Vertrag einen Direktkauf ausdrücklich ausschließt. Dass der Einsatz dieses insgesamt wirksamen Maßnahmenpaketes so spät erfolgte, erwies sich als äußerst kostspielig. Noch heute sind die Budgets höher verschuldeter Euro-Mitgliedsstaaten mit den überbordenden Zinskosten von damals belastet.

Maßnahmenpakete gegen die Corona-Krise

Nach Ausbruch der Corona-Krise leistete man sich keine derartigen Verzögerungen mehr. Als es gleich nach Bekanntwerden der Pandemie Anfang März 2020 zu einem ersten Anstieg der Anleiherenditen von Staaten wie Italien oder Spanien im Vergleich zur Deutschen Bundesanleihe gekommen war, fiel unverzüglich die Entscheidung für ein umfassendes Anleihe-Ankaufsprogramm (Pandemic Purchase Programme / PEPP). Unmittelbar darauf stellt sich der erhoffte Effekt eines Rückgangs der Anleiherenditen der betroffenen Staaten auf das ursprüngliche Niveau ein. Der diskrete Beschluss, in Abweichung von den bis dahin geltenden Bestimmungen Anleihen von Euro-Mitgliedsstaaten auch dann anzukaufen, wenn sie mehr als ein Drittel von deren jeweiligen Staatsschulden ausmachen, unterstützte diese rasche Normalisierung. In Verbindung mit den extrem niedrigen Zinsen erleichterten die An-



Dr. Wilfried Stadler ist Honorarprofessor für Wirtschaftspolitik an der WU Wien und Vorsitzender des Industriewissenschaftlichen Institutes.

leihekäufe überdies die Finanzierung budgetärer Stützungsprogramme auf einzelstaatlicher Ebene.

Ergänzend dazu entstand nach längerem politischem Ringen der „Next Generation EU“-Wiederaufbaufonds, dessen Finanzierung erstmals durch die Platzierung von Gemeinschaftsanleihen aufgebracht wird. Von einigen ihrer Befürworter wird diese Finanzierungsform als einmalige, der Krise geschuldete Abweichung von der bisherigen Praxis eingestuft. Andere sehen in der Emission von Eurobonds hingegen einen Durchbruch auf dem Weg zu einer künftigen Fiskalunion. Der den Euro begründende Vertrag von Maastricht, in dem die fiskalische Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten gemeinsam mit dem „No-bail-out“-Gebot fixiert wurde, wäre damit allerdings ebenso außer Kraft gesetzt wie das darin festgehaltene Regelwerk zur Einhaltung von Verschuldungsgrenzen.

Wie es um die politische Akzeptanz der mit der gemeinschaftlichen Verschuldung verbundenen, faktischen Änderung der EU-Verfassung am Ende bestellt sein wird, dürfte vor allem davon abhängen, ob es – wie derzeit beabsichtigt – gelingen kann, die ab 2026 vorgesehene Rückzahlung der Anleiheverpflichtungen aus neu zu schaffenden, gesamt-europäischen Steuerquellen zu bewerkstelligen. Neben einer bereits vorakkordierten Plastiksteuer geht es dabei um CO₂-Abgaben und eine

Realistisch adaptierte Stabilitätsregeln müssen Spielräume für Zukunfts- und Infrastrukturinvestitionen vorsehen.

Digitalsteuer. Beide stecken konzeptionell jedoch erst in den Anfängen. Sollte die Einigung auf zusätzliche Steuerquellen nicht gelingen, bliebe es in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten, für die zusätzlichen Verpflichtungen aufzukommen.

Mut zu neuen Verschuldungs-Regeln

Wie die quer durch Euroland in Folge der aufeinanderfolgenden Krisen massiv angewachsenen Schuldenstände mittel- bis langfristig normalisiert werden können, ist noch nicht einschätzbar. Fest steht jedoch, dass der bisher als Obergrenze geltende, sechzigprozentige Anteil der Staatsschuld am jeweiligen Bruttosozialprodukt für eine Mehrheit der Euro-Länder auf absehbare Zeit außer Reichweite liegt. Zuletzt wurde aus diesem Grund selbst von konservativen Fiskalpolitikern eine neue Obergrenze von 100 Prozent ins Spiel gebracht. Schon nach der Finanzkrise hatte es sich als Fehler erwiesen, den vor drei Jahrzehnten unter ganz anderen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen fixierten 60-Prozent-Maßstab in dem bis heute geltenden, aber kaum mehr praktikablen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu verankern. Denn die Orientierung an Defizit- und Schuldengrößen, die bei einbrechender Konjunktur ganz von selbst höhere Anteile an der gesunkenen Wirtschaftsleistung ausweisen, sagt nun einmal wenig über die Qualität der jeweiligen Verschuldung aus.

Immer klarer wird auch, dass realistisch adaptierte Stabilitätsregeln Spielräume für Zukunfts- und Infrastrukturinvestitionen vorsehen müssen. Die dauerhafte Fixierung auf ein jährlich höchstens dreiprozentiges Nettodefizit, bei dessen Zustandekommen nicht unterschieden wird, ob es aus den Strukturen der laufenden Haushaltsgebarung entsteht oder auf Investitionen in Zukunfts- und

Infrastrukturprojekte zurückgeht, erweist sich als nicht praktikabel. Zugleich sollte jedoch außer Streit stehen, dass die Letztverantwortung für die Solidität der Staatshaushalte auch in Zukunft bei den Mitgliedsstaaten zu verbleiben hat.

Dennoch wären zentrale Budgets für gesamteuropäische Projekte, die abseits der nationalen Haushalte finanziert werden, ein durchaus vertretbarer Schritt in Richtung Fiskalunion, ohne die Mitgliedsstaaten aus ihrer Eigenverantwortung zu entlassen. Ebenso sinnvoll erscheint es, den zwischenzeitlich aufgeschobenen Plan neu aufzugreifen, den ESM zu einem Europäischen Währungsfonds auszubauen. Dieser hätte die vorrangige Aufgabe, die Mitgliedsstaaten entlang der reformierten Fiskalregeln bei der Reform ihrer Budgetstrukturen zu unterstützen.

Überlegenswert ist auch eine dauerhafte Entlastung aller europäischen Staatshaushalte durch die Bündelung der kumulierten, krisenbedingten Neuverschuldung in einer von der EZB angekauften Sondertranche zu Niedrigzinsen mit extrem langer Laufzeit. Eine solche teilweise Neutralisierung von krisenbedingten Sonderkosten findet im Übrigen bereits im Rahmen des neu geschaffenen Wiederaufbaufonds statt, dessen anteilige Rückzahlungsverpflichtungen den Verschuldungsquoten der Mitgliedsstaaten nicht zugerechnet werden.

Aber nicht nur die Maastricht-Regeln stehen vor einer grundlegenden Überarbeitung – auch die EZB steht nach mehr als einem Jahrzehnt im Krisenmodus vor Anpassungserfordernissen ihrer strategischen Ausrichtung im Kontext der längst unauflöselichen gegenseitigen Abhängigkeit von Geld- und Fiskalpolitik. Es wird nicht einfach sein, dabei die richtige Balance zwischen Subsidiarität und Zentralität zu finden. Die engagierte, offene Suche danach ist aber jedenfalls zielführender, als irreversible Weichenstellungen in Richtung einer Fiskalunion einfach „passieren“ zu lassen. ■

Autor: Dr. Wilfried Stadler ist Honorarprofessor für Wirtschaftspolitik an der WU Wien und Vorsitzender des Industrewissenschaftlichen Institutes.

„Business as usual ist für die EEI nach wie vor nicht in Sicht“

Mag. Marion Mitsch, Geschäftsführerin des FEEI, im Gespräch über Krisen, Strategien und ihre trotz allem positive Sicht auf die Zukunft.

Frau Mag. Mitsch, die heimische Industrie kämpft wegen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Konflikts mit Lieferengpässen, wie wird die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie damit fertig?

Mag. Marion Mitsch: „Business as usual“ ist für die EEI nach wie vor nicht in Sicht. Nach zwei Jahren Corona-Pandemie folgt eine Krise auf die nächste: massive Lieferengpässe, stark gestiegene Rohstoffpreise, steigende Energiekosten, hohe Inflation, Rohstoff- und Fachkräftemangel und jetzt der Krieg Russlands gegen die Ukraine belasten die Industrie. Die Branche kommt nicht zur Ruhe. Der leichte Aufwind, den die EEI in den letzten Monaten verzeichnen konnte – gute Auftragsbestände und eine grundsätzlich positive Stimmung – hat jüngst gleich mehrere Dämpfer bekommen. Kostenseitig ist die Branche einem enormen Druck ausgesetzt, ein Ende ist nicht absehbar, im Gegenteil. Unsere Mitgliedsbetriebe stehen vor enormen und vielfach noch nicht abschätzbaren Herausforderungen. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und den Standort Österreich nicht zu gefährden, müssen wir dieses Jahr ganz besonders darauf achten, zusätzliche Kostenbelastungen für die Industrie hintanzustellen.

Mit welchen Strategien kann man Österreich und Europa bei essenziellen Zukunfts- und Schlüsseltechnologien unabhängiger von internationalen Lieferketten machen?

Es braucht eine Industriepolitik, die auf Forschung, Technologie und Innovation aufbaut und strategisch intelligent Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Souveränität integriert. In den USA und Asien werden derartige Strategien längst umgesetzt. Österreich und Europa müssen dringend aktiv werden, um ihren Handlungsspielraum zu bewahren. Die EEI kann und will hier einen wesentlichen Beitrag leisten. Voraussetzung dafür ist aber, dass man sie tun lässt und sie mit praxistauglichen

und schlaun Rahmenbedingungen unterstützt. Wir brauchen Anreizsysteme für einschlägige Investitionen in Gebäude, Verkehr und der Industrie, mehr Geld für F&E und mehr gut ausgebildete Fachkräfte. Um im internationalen Wettbewerb nicht ins Hintertreffen zu geraten, müssen wir auf Kooperation und auf gleiche Regeln für alle setzen.

Schwächen die explodierenden Energiepreise den Standort Österreich?

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ist bereits jetzt stark belastet. Negative Auswirkungen auf Investitionen ins Kerngeschäft, Standortverlagerungen ins Ausland und ein Rückgang der Investitionen in F&E sind zu befürchten. Laut einer aktuellen WKÖ-Umfrage sehen 83 % der Unternehmen den Anstieg der Energiekosten als „problematisch“. Sie würden die Herstellungskosten verteuern, zusätzlich zu den stark gestiegenen Rohstoffpreisen. Dreiviertel der Unternehmen wollen nun verstärkt in Energieeffizienz investieren, die Hälfte ihre Eigenversorgung mit Energie ausbauen. Der Haken dabei: Diese Investitionen gehen zu Lasten jener in F&E. Das ist zwar langfristig gut fürs Klima, aber schlecht für den Wirtschaftsstandort Österreich.

Wie sehen Sie die Zukunft der EEI in Österreich?

Mit Unterstützung der Politik und den richtigen Weichenstellungen sehe ich die Zukunft positiv. Diese Rahmenbedingungen sind dringend notwendig, wir müssen endlich ins Tun kommen. Die EEI kann und will performen, sie ist startklar. Sie ist mit ihren Produkten und Innovationen Teil der Lösung und treibende Kraft für künftige Entwicklungen, vor allem auch in Hinblick auf die Energiewende. Die neuen digitalen Technologien unserer Branche ebnen den Weg in die Zukunft. ■

Autor: Herta Scheidinger



Mag. Marion Mitsch, GF FEEI



Hammerer Industries GmbH kann eine gute Auftragslage verzeichnen, denn Aluminium ist als nachhaltiger Werkstoff gefragt.

Nichteisen-Metalle (NE) – unverzichtbar für unser aller Leben

NE-Metalle sind der zentrale Baustein für die Erreichung der Klimaziele des European Green Deal, denn sie werden in nahezu allen klimarelevanten Technologien eingesetzt, sind oftmals nahezu endlos recyclebar und damit prototypischer Bestandteil der Kreislaufwirtschaft.

Der Fachverband der NE-Metallindustrie fasst die gesamtösterreichischen Interessen der Erzeugung und Bearbeitung von Buntmetallen (z. B. Kupfer, Zink, Blei und Nickel), dem Leichtmetall Aluminium und Übergangsmetallen wie Wolfram zusammen. Zugehörig sind alle Metalle außer Eisen. Die annähernd 50 Mitglieder erwirtschaften mit ca. 6.800 Beschäftigten weit mehr als 4,1 Milliarden Euro Umsatz (Stand 2020). Unter der gemeinsamen Führung von DI Dr. Roman Stiftner, Geschäftsführer, und Obmann KR DI Alfred Hintringer, wird besonderer Wert darauf gelegt, die gesamte Wertschöpfungskette mitzudenken, was sich gerade während der Corona-Krise als besonders wertvoll erwiesen hat. In seiner Rolle als Arbeitgebervertreter verhandelt der Fachverband in der Runde der Metaller mit und gibt mit den Abschlüssen das Signal für den Interessenausgleich zwischen Industrie und Beschäftigten sowie nachgelagerten Kollektivvertragsverhandlungen.

EUMICON – Die führende Rohstoffplattform

Unter der Leitung von Stiftner wurde EUMICON zur führenden europäischen Rohstoffplattform und initiiert europaweit Multi-Stakeholder-Dialoge auf co-kreative und innovative Weise, wodurch nachhaltige Werte und Lösungen geschaffen werden. In EUMICON ist die gesamte Wertschöpfungskette der mineralischen Rohstoffe und Metalle - von der Rohstoffgewinnung bis zum fertigen Produkt - abgebildet und bindet darüber hinaus öffentliche Stellen und Institutionen, nationale und internationale Interessenverbände sowie Bildungseinrichtungen ein. EUMICON bekennt sich zu den Zielen des Green Deal, wozu auch ein zukunftsweisendes Lifecycle-Management gehört. Die Anliegen der Mitglieder der NE-Metallindustrie fügen sich so nahtlos in die Ziele der Plattform ein und erreichen dadurch noch größere Wirkung. EUMICON ist ideal positioniert,

um als Drehscheibe die Interessen aller Stakeholder bei der Umsetzung des Green Deal zu begleiten. EUMICON versteht sich als Plattform der Mitgliederinteressen. EUMICON organisiert jährlich im Herbst die Raw Material Days (RMD) in Brüssel. Hier treffen die führenden Vertreter der europäischen Wirtschaft auf Augenhöhe mit den obersten Vertretern der EU-Institutionen und anderen Interessenverbänden zusammen. Im Herbst 2021 war EUMICON Co-Organisator der RMD und spannte thematisch den Bogen von Übergangspfaden des Green Deal über Strategische Abhängigkeiten bis hin zu Innovation, Technologie und Investitionsmöglichkeiten. Zusätzlich trafen führende Vertreter der Industrie unter dem Motto „Shaping our Future: Recovery Made in Europe“ mit europäischen Entscheidungsträgern zusammen. Dabei wurden u.a. Themen wie Grüne und Digital Transformation sowie die Resilienz der europäischen Wertschöpfungsketten in den Fokus gestellt.

NE-Metalle als Treiber des Green Deal und Fit-for-55

NE-Metalle sind der zentrale Baustein für die Erreichung der Klimaziele des European Green Deal und des Fit-for-55 Ansatzes. Sie werden in nahezu allen klimarelevanten Technologien - von Batterien, Clean Mobility, energieeffizientem Bauen, Solarpanelen bis hin zu Windkraftwerken - eingesetzt. Um die Klimaziele zu erreichen, wird die Nachfrage für NE Metalle bis 2050 um das dreifache für Windkraftwerke, das zweifache für Solarenergie und das zehnfache für Batterien steigen. Damit sind sie für die Industrie und Produktion ebenso unverzichtbar wie für unser Alltagsleben. Seit 1990 hat die NE-Metallindustrie intensive Anstrengungen unternommen und so zum Klimaschutz beigetragen. Um diesen erfolgreichen Weg fortzusetzen, benötigt die NE-Metallindustrie auf nationaler und europäischer Ebene eine geeignete Industriestrategie, die gleichermaßen die Erreichung der Vorgaben des Green Deal als auch die Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht. So liegt, laut einer Studie von Eurometaux, dem Dachverband der europäischen NE-Metallindustrie,



Der Fachkräftemangel ist auch bei Constantia Teich spürbar. Geeignete Mitarbeiter zu finden wird zur Herausforderung.

der Einsatz von Elektrizität im Produktionsprozess heute bereits bei 58 Prozent und so konnte – gegenüber 1990 – eine Reduktion der Treibhausgase von nahezu zwei Dritteln erreicht werden. Die Recyclingrate der NE-Metalle liegt EU-weit bei mehr als 50 Prozent und erreicht bei manchen NE-Metallen, wie beispielsweise Blei, bis zu 95 Prozent. Die Mitgliederinteressen werden durch die enge Zusammenarbeit mit den zugehörigen europäischen Dachverbänden, u.a. Eurometaux für NE-Metalle und European-Aluminium für Aluminium, seit Jahren erfolgreich vertreten.

Weitreichende Erfahrung in Logistik und resilienten Wertschöpfungsketten

Insbesondere die Corona-Krise hat offenbart, wie wichtig resiliente Logistikketten für die NE-Metallindustrie sind. Der Fachverband profitiert wesentlich davon, dass Stiftner seine Erfahrung als Präsident des European Shippers Council (ESC), der als Dachverband auf europäischer Ebene die Interessen der verladenden Wirtschaft vertritt, den Mitgliedern zur Verfügung stellt. Als Präsident des ESC berät Stiftner u.a. die französische Ratspräsidentschaft und die Europäische Kommission. Aufgrund seiner Eigenschaft als Präsident der Bundesvereinigung Logistik Österreich (BVL) sowie als Vizepräsident der European Logistics Association (Europäischer Logistik Verband, ELA) unterstützt Stiftner die Mitglieder des Fachverbands bei der Lösung von Herausforderungen wie hohen Containerkosten, Störungen der Lieferkette (Straße, Schiff und Bahn) sowie sonstigen Konsequenzen der Corona-Pandemie bzw. der Ukraine-Krise.



Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, würde Plansee gerne mehr Lehrlinge ausbilden.

Ein forderndes Umfeld

Die Corona-Krise und deren Auswirkungen, wie Lieferengpässen aber auch Änderungen in der Arbeitswelt hat die NE-Metallindustrie schwerwiegend betroffen. Der CEO von Hammerer Industries GmbH (HAI), Rob van Gils, bringt die Auswirkungen und Herausforderungen auf den Punkt: „Nachdem wir bereits 2020 und 2021 mit einem sehr volatilen Umfeld klarkommen mussten, sieht es mit der Planbarkeit für 2022 nicht viel besser aus. Herausforderungen gibt es zahlreiche: Nach wie vor müssen wir mit der Corona-Krise zurechtkommen, dazu kommt noch die Knappheit bei Halbleitern, bei Legierungsmetallen und Aluminiumbolzen. Die Preise für Energie und Seefrachtcontainer explodieren und spielen verrückt. Eine große Aufgabe ist auch die Rekru-

tierung von Fachkräften.“ Internationale Logistikketten sind infolge von Corona nachhaltig beeinträchtigt, weil u. a. Ladungen wegen Quarantäne und fehlenden Personals nicht gelöscht werden können, Container von Logistikunternehmen von Europa in den Pazifik verlegt werden und so insgesamt die EU-Wirtschaft schädigen. Der nun vorliegende Entwurf des sogenannten „EU-Lieferkettengesetzes“ wird in seinem zentralen Anliegen, einen kohärenten Rechtsrahmen zu schaffen, inhaltlich aber kritisch gesehen. Gleichzeitig ist aufgrund der Komplexität von Wertschöpfungsketten bei einer derartigen Regelung mit besonderem Augenmaß vorzugehen. Deswegen fordert Stiftner eine realistische und praktikable Herangehensweise.

Ukraine-Krise

Die Geschwindigkeit und das Ausmaß der Eskalation der Ukraine-Krise (inkl. der internationalen Sanktionen) bringt unerwartete Herausforderungen. Russland und die Ukraine sind wichtige Lieferanten von Rohstoffen und Energie sowie der für den Transport benötigten Infrastruktur wie Pipelines. Erdgas ist eine zentrale Energiequelle und eine ausreichende Substitution aus erneuerbaren Energien in naher Zukunft nicht absehbar. Alternative Anbieter können kurzfristig entweder gar nicht oder nur zu stark erhöhten Preisen liefern. Die Preissteigerungen können nur sehr bedingt an Kunden weitergegeben werden, was sich besonders nachteilig auf die Profitabilität auswirken wird. Schließlich zeigt die Ukraine-Krise auf, dass es der EU an einer resilienten Industriepolitik fehlt. Hier gilt es zukünftig strategische Partnerschaften einzugehen und die Produktion von kritischen Rohstoffen in der EU zu forcieren (z. B. Magnesium).



EUMICON C-Level Delegation vor der Europäischen Kommission v. l.: Andreas Henckel-Donnersmarck - KMI, Uwe Schmidt - Montanwerke Brixlegg, Christian Tremel - VA Erzberg GmbH, Mikael Staffas - Boliden AB, Rob van Gils - HAI Hammerer Aluminium Industries, Barbara Falkensammer - Hütte Klein Reichenbach, Roland Harings - Aurubis AG, Sonja Bredl - EUMICON, Roman Stiftner - EUMICON

Rohstoffknappheit

Wiederholt ist die fehlende Verfügbarkeit von Rohstoffen in der EU ein strategisches Problem. „Wir erleben gerade am Beispiel von Magnesium, wie das „Verschwinden“ ganzer Industriezweige aus Europa uns regelrecht zu „Bettlern“ macht! Als EU sind wir die einzige „Industriation“ ohne Rohstoffstrategie.

China, USA, Russland, alle sehen den Zugang zu Rohstoffen als strategisch bedeutsam an und sichern ihre nationalen Hersteller mit den notwendigen Maßnahmen für den Ernstfall ab. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Lernkurve diesmal auch in Europa nachhaltig eine Veränderung bringen wird. Denn einen Green Deal ohne Rohstoffe gibt es nicht. Um Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen, benötigt man acht (!) mal so viel Rohstoffe für die Herstellung der Kraftwerke wie bei der Stromerzeugung in einem Kohlekraftwerk!“, erklärt Rob van Gils.

Ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft

Nachhaltigkeit und eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft werden von der NE Metallindustrie laufend ausgebaut. Man entspricht damit der Anforderung von Kunden und Partnern. Die Unternehmensgruppe Thöni hat dies seit Jahren bei strategischen Entscheidungen berücksichtigt. Helmut Thöni: „Wir wollen unsere Klima- und Nachhaltigkeitsstrategie noch besser und bewusster umsetzen. Daher sind wir letztes Jahr als erstes Tiroler Industrieunternehmen dem Klimaneutralitätsbündnis „turn to zero“ beigetreten.“ Thöni setzt dies u. a. dadurch um, dass Produkte und Rohstoffe mit einem hohen Recyclinggrad eingesetzt werden und ressourcenschonend produziert wird.

Fachkräfte & Lehrlinge gesucht

Eine strategische Herausforderung ist der Facharbeitermangel. „Mittlerweile kann man davon sprechen, dass es nicht nur schwierig ist, Fachkräfte zu finden, sondern Mitarbeiter jeglicher Art. Recruiting, wie es einmal war, reicht heute nicht mehr aus, ... selbst mit einem Angebot das z. B. über Essenzuschüsse, Massagen, Sommerbetreuung der Kinder unserer Mitarbeiter geht ...“, erklärt man bei Constantia Teich. Wichtige Fachkräfte fehlen überall: „Aus unserer Sicht beginnt das Problem schon in der Schule: Plansee könnte durchaus mehr Lehrlinge pro Jahr ausbilden. Doch vielen jungen Menschen fehlt es nach Abschluss der Mittelschule an Basisfertigkeiten wie Rechnen, Lesen, Schreiben. Hier sehen wir die Politik in der Pflicht, junge Men-



Die Unternehmensgruppe Thöni möchte die eigene Klima- und Nachhaltigkeitsstrategie noch bewusster umsetzen.

schen mit dem notwendigen Rüstzeug für eine fundierte Berufsausbildung auszustatten.“, erklärt man bei Plansee. Helmut Thöni: „Für den Arbeitskräftemangel sehen wir verschiedene Ursachen. Einerseits gibt es die bekannten demographischen Gründe und klassischen Rollenbilder. Andererseits fehlen Arbeitskräfte aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks, die mit Beginn der Corona-Pandemie in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind und derzeit nicht zur Verfügung stehen. Auch die Mobilität von Arbeitnehmern ist in unserem Land nicht besonders ausgeprägt.“

Hoffen auf eine rasche Besserung der aktuellen Lage

Vor der Ukraine-Krise blickte die NE-Metallindustrie grundsätzlich optimistisch nach vorne, Rob van Gils: „Die Auftragslage ist gut, Aluminium ist als nachhaltiger Werkstoff, vor allem für die Elektromobilität oder für die Photovoltaikbranche gefragt wie nie. Aluminium kann ohne Qualitätsverluste beliebig oft recycelt werden und das mit nur fünf Prozent des Energieeinsatzes, das für Primärmetall benötigt wird.“ Gleichzeitig droht u. a. die aktuelle geopolitische Unsicherheit, diese positiven Aussichten einzuschränken. Die NE-Metallindustrie ist stark und glaubt an den Standort in Österreich und der EU. Um diese Zuversicht auch an eine nächste Generation übergeben zu können, benötigen wir eine umfassende und resiliente Industriestrategie auf europäischer und nationaler Ebene, um die Ziele des Green Deal mit geopolitischen Herausforderungen in Einklang bringen zu können. ■

Autorin: Helene Tuma

„Die NE-Metallindustrie trägt wesentlich zur Nachhaltigkeit und Klimaneutralität bei“

KR DI Alfred Hintringer geht in seinem Interview vor allem auf die strategischen Herausforderungen, wie die Sicherstellung der Energieversorgung, der NE-Metallindustrie ein.



Als Obmann des Fachverbands Nichteisen-Metallindustrie (NE-Metallindustrie) vertritt KR DI Alfred Hintringer neben seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Wieland Austria GmbH die Interessen von knapp 50 Mitgliedsunternehmen. Die Wieland Austria GmbH besteht seit mehr als 100 Jahren und zählt mit zwei Standorten und knapp 800 Mitarbeitern zu den führenden Unternehmen Österreichs, fertigt Halbzeuge und Fertigteile aus Kupfer und Kupferlegierungen und gehört seit 1999 zur Wieland Gruppe.

Welche Bedeutung hat die Nachhaltigkeit für die NE-Metallindustrie?

Die NE-Metallindustrie hat in den letzten 30 Jahren wesentlich zur Nachhaltigkeit und Klimaneutralität beigetragen, indem sie die zunehmende Elektrifizierung des Produktionsprozesses vorangetrieben und die Recyclingrate laufend erhöht hat. Wir sind bereit, diese Entwicklung auch in Zukunft fortzusetzen, benötigen dafür aber auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene einen geeigneten Rahmen. Wir sehen das Potential (gegenüber 1990) bis zu 81 Prozent der Treibhausgase durch den Einsatz von erneuerbaren Energien einzusparen und die Nutzung der Sekundärproduktion (z. B. von Kupfer und Aluminium) um weitere 50 Prozent anzuheben. Gleichzeitig wird der EU-Bedarf an NE-Metallen heute zu ca. 60 Prozent aus importierten Rohstoffen gedeckt. Abhängig vom NE-Metall

beträgt der globale Marktanteil von China heute zwischen 30-54 Prozent bei allen Basismetallen, wobei der CO₂ Ausstoß in der chinesischen Produktion, die auf die Stromerzeugung aus Kohle angewiesen ist, bis zu achtfach höher liegt als in der EU. Die NE-Metallindustrie ist aufgrund des hohen Einsatzes von Strom wesentlich davon abhängig, dass eine Dekarbonisierung der Stromerzeugung, mit einer langfristig planbaren Sicherheit von Versorgung, Preisniveau und Gewährleistung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einhergeht. Der Produktionsprozess der NE-Metallindustrie ist um bis zu fünf Mal mehr von negativen Preisentwicklungen im Strombedarf betroffen als andere Industriesektoren. Aufgrund der fehlenden Verfügbarkeit von Strom aus erneuerbaren Energiequellen kann auf den Einsatz von Erdgas bis auf Weiteres nicht verzichtet werden. Wie die Ukraine-Krise besonders deutlich vor Augen führt, ist auch hier eine politische Lösung zur Gewährleistung der Standortpolitik gefordert. Die Versorgungsunsicherheit und massive Preissteigerungen drohen, sich unmittelbar auf die Produktion und mittelbar auf die Preisgestaltung (und damit die Profitabilität) auszuwirken. Manche Mitglieder gehen davon aus, dass sich die Energiekosten zusätzlich bis zu vervierfachen könnten.

Wie kann die Wertschöpfungskette der NE-Metallindustrie gestärkt werden?

Die NE-Metallindustrie produziert in der EU ca. ein Prozent des weltweiten NE Bergbaus, ca. sechs Prozent der Primärproduktion und verarbeitet etwa 24 Prozent der weltweiten Recyclingmengen. Da dieser Sektor eine hochgradig komplexe Wertschöpfungskette aufweist, können selbst geringe Mengen von (Legierungs)Metallen einen großen Einfluss auf die Wertschöpfung haben. Bei ihrem Fehlen entfällt die gesamte Produktion. Magnesium ist ein besonders gravierendes Beispiel. 2001 wurde aufgrund der damals fehlenden politischen Unterstützung die letzte Produktionsanlage in der EU geschlossen. Heute bezieht die EU 95 Prozent des Magnesiumbedarfs aus China. Ohne dieses essentielle Legierungsmetall ist die

Aluminiumproduktion (z. B. für Extrusion) in Europa nahezu undenkbar. Angesichts der jüngsten Verwerfungen am Weltmarkt, sah sich die Europäische Kommission gezwungen, ein Konzept dafür zu erstellen, wie ein strategischer Teil des EU-Bedarfs wieder in der EU produziert werden kann. Diesen Gedanken würden wir auch für andere strategische Rohstoffe dringend benötigen. Die NE-Metallindustrie ist selbstverständlich bereit, sich im möglichen Ausmaß an der Erreichung des Green Deal zu beteiligen. Gleichzeitig erschweren manche Ziele (z. B. der Zero Pollution Ansatz) die Unterstützung massiv. Hier halten wir es für unumgänglich, dass der vorgeschlagene Gefährdungsgedanke durch ein professionelles und modernes Risikomanagement abgelöst wird. Die Industrie verfügt seit langem über das dafür erforderliche Wissen. Die – theoretisch verfügbaren – Substitute für NE-Metalle haben sich in der Vergangenheit wiederholt als nicht praktikabel (z. B. Bismut statt Blei) erwiesen.

Welche Aspekte benötigt eine erfolgreiche Industriepolitik?

Wie bereits erwähnt ist der erste Aspekt einer erfolgreichen und resilienten Industriepolitik die Sicherstellung der Energieversorgung, die den Bedarf zu wettbewerbsfähigen Preisen deckt. Die Ukraine-Krise macht dies besonders deutlich. Die NE-Metallindustrie benötigt darüber hinaus, dass die zukünftigen Aufwendungen für Innovation und Investition in einem ausreichenden Maß von der Politik mitgetragen werden. Die Ermöglichung fortgeschrittener Wertschöpfungsketten und einer sektorübergreifenden Zusammenarbeit ist für Innovationen ebenso unerlässlich. Angesichts der Herausforderungen des European Green Deals ist eine vorausschauende EU-interne Wettbewerbspolitik sowie eine strategische Handelspolitik gegenüber Drittstaaten unverzichtbar. Schließlich wird eine ambitionierte Kreislaufpolitik eine ausreichende Primär- und Sekundärproduktion (inkl. rascher Genehmigungsverfahren) mit den benötigten Rohstoffen langfristig sicherstellen. ■

Interview: Helene Tuma

Die internationale Konjunktorentwicklung

Abgesehen von allen menschlichen Tragödien und den noch kaum absehbaren geopolitischen Konsequenzen würfelt der Krieg in der Ukraine auch die Weltwirtschaft gehörig durcheinander. Wie immer die Entwicklung weiter gehen wird, EU-Europa stehen gewaltige wirtschaftspolitische Herausforderungen bevor.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Das Jahr 2021 hat ein insgesamt hohes Wirtschaftswachstum von (real) 5,9 % mit sich gebracht, der höchste Wert in diesem Jahrtausend. Die erhoffte, rasche Erholung nach der Corona-Krise 2020 (mit einem Rückgang des BIP um 3,1 %) ist somit eingetroffen. Allerdings hat sich die wirtschaftliche Dynamik im Jahresverlauf stark vermindert, sodass der kräftigen Wachstumsentwicklung im ersten Halbjahr eine faktische Stagnation gegen Jahresende gegenüberstand.

In den ersten Wochen des Jahres 2022 wurden von mehreren Prognoseinstituten die Erwartungen hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung gedämpft. Breite öffentliche Beachtung hat insbesondere die Rücknahme der Wachstumsprognose seitens des Internationalen Währungsfonds erfahren, der Ende Jänner seine Annahme hinsichtlich des globalen Wirtschaftswachstums 2022 um einen halben Prozentpunkt auf 4,4 % zurückgenommen, und dabei auf weitere „downside risks“ verwiesen hat. Besonders deutlich (mit jeweils mehr als einem Prozentpunkt Korrektur) fielen die Abstufungen bei den beiden größten Volkswirtschaften aus, den USA und China.

Durch den Ukrainekrieg haben sich viele Rahmenbedingungen verändert. Wichtig ist aber zu beachten, dass die Auswirkungen des Ukrainekrieges nicht auf eine aus vollen Kräften expandierende Weltwirtschaft getroffen sind. Vielmehr war die große Aufschwungsdynamik bereits dahin, noch ehe in vielen Ländern die über den Einbruch 2020 fortgeschriebene Kurve des Potenzialwachstums wieder erreicht war. Die von der OECD erhobenen, vorlaufenden Indikatoren zeigten eine Abschwächung an, und auch verschiedene Indi-

zes des Vertrauens hatten die Höchststände des Jahres 2021 bereits weit hinter sich gelassen.

Zu Recht wurde in ersten Reaktionen auf den Ukrainekrieg festgestellt, dass die globale wirtschaftliche Bedeutung Russlands, der Ukraine und Weißrusslands insgesamt begrenzt ist. Für einzelne Unternehmen mögen die Auswirkungen durch den Verlust der Märkte dramatisch sein, aber insgesamt dürften nur die baltischen Volkswirtschaften stärkere wirtschaftliche Auswirkungen zu spüren bekommen, in schon erheblich reduzierterem Ausmaß andere Nachbarländer wie Finnland, die Slowakei oder die Türkei.

Deutlich gravierender sind die (möglichen) Auswirkungen durch einen Entfall Russlands und der Ukraine als Exporteure von Rohstoffen, vor allem von Erdöl und Erdgas (Russland), verschiedener Metalle (Russland und Ukraine) sowie von Getreide (Russland und Ukraine). Der durch Kriegseinflüsse und durch Sanktionen, gegebenenfalls auch durch Einstellungen von Lieferungen entstehende Ausfall führt zuallererst zu steigenden Preisen. Dies kommt zu einem Zeitpunkt, da insbesondere bei Energierohstoffen und Nahrungsmitteln die Preise bereits auf sehr hohem Niveau liegen. Die OECD hat im März 2022 eine kurze Einschätzung veröffentlicht, dass ein Anhalten des nach Kriegsausbruchs erreichten Preisniveaus im laufenden Jahr etwa einen Prozentpunkt des globalen Wirtschaftswachstums kosten würde, und einen zusätzlichen Auftrieb der Konsumentenpreise um rund 2,5 Prozentpunkte. Europa wäre in beiderlei Hinsicht überdurchschnittlich betroffen, die USA weniger stark. Eine Ausweitung der Sanktionen auf Russlands Rohstoffexporte, oder eine Einstel-

lung dieser Exporte als Retorsionsmaßnahme, würde weit über das genannte Ausmaß hinaus Wirkungen zeigen.

Aus heutiger Sicht ist die wahrscheinlichere Variante, dass die westlichen Sanktionen nicht auf die Rohstoffexporte erstreckt werden und auch kein Lieferstopp erfolgt. Damit könnte sich im weiteren Jahresverlauf die Rohstoffpreisentwicklung beruhigen. Wenn dann tatsächlich nur rund ein Prozentpunkt Wachstumseinbuße zu beklagen ist, läge das globale Wirtschaftswachstum 2022 bei rund 3,5 %

und damit im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2019. Das beruht aber, um es nochmals zu betonen, auf der optimistischen Variante, dass keine Seite an der Sanktions- und Lieferschraube dreht.

Jedenfalls Anlass zur Sorge gibt die Inflationsentwicklung: Der IMF hat in seiner Prognose zum Jahresbeginn einen Anstieg der Verbraucherpreise in den Industrieländern um 3,9 % und den Emerging Markets um 5,9% prognostiziert. Setzt man hier die OECD Werte obenauf, dann muss heuer mit Inflationsraten zwischen sechs und sieben Prozent in den Industrieländern gerechnet werden. Solche Inflationsraten können durch Gehaltsabschlüsse nicht ausgeglichen werden, ohne die Unternehmen in Existenzprobleme zu bringen. Ein entsprechender Reallohnverlust ist politisch nicht durchhaltbar, aus Gründen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auch nicht wünschenswert.

Gerade in Europa wird sich die Inflationsentwicklung am ehesten verhärten, da nunmehr drei Faktoren kumulieren: Die relativ kostengünstige Versorgung mit russischem Erdgas wird wohl jedenfalls mittelfristig deutlich zurückgedrängt; alle Ersatzstrategien sind grundsätzlich mit Mehrkosten verbunden; diese Mehrkosten kommen hinzu zu einer dauerhaften Kostenbelastung, die



aus der „Energiewende“ – der Umstellung auf erneuerbare Energieträger in Europa – resultiert. Hier handelt es sich nicht um einen einmaligen Preissprung, der im Folgejahr wieder aus der Statistik verschwindet. Darüber hinaus zeigen die weltweiten Reaktionen auf die (westlichen) Sanktionen gegen Russland, dass Rohstoffproduzenten in der gegenwärtigen Situation eine Chance auf längerfristig gefestigte Preise sehen. Hier kann das relativ rohstoffarme EU-Europa weit weniger gegensteuern, als beispielsweise die USA.

Dazu kommt noch ein Problem: Bei Inflationsraten im genannten Ausmaß muss die Geldpolitik wohl auch die Zinssätze anheben. Selbst wenn die Realzinsen dann noch weiter negativ bleiben (und auch da ist Frage, ob man dies durch eine feine Steuerrung sicherstellen kann), wird die nominell steigende Zinsenlast angesichts der gegenwärtigen Verschuldensquoten zu einem Problem. Nicht zuletzt für die Staaten.

Die jüngste Veröffentlichung des EU Business and Consumer Surveys zeigt einen massiven Absturz der Einschätzung der Wirtschaftslage. Nicht zwangsläufig muss dem Stimmungsabsturz ein ähnlicher Absturz der Realwirtschaft folgen. Die Anforderungen an die Wirtschaftspolitik sind aber so hoch, wie seit langer Zeit nicht. ■

Kostensteigerungen treffen die Industrie mit voller Wucht

2021 liegt die heimische Industrieproduktion zwar über dem Vorkrisenniveau, allerdings wirken Preiseffekte verzerrend. Im Gegensatz dazu hat die Beschäftigung das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht.

Mag. Andreas Mörk

Die österreichische Industrie hat 2021 einen vorläufigen Produktionswert von 202,2 Mrd. EUR erwirtschaftet, so die jüngst verfügbaren Zahlen der Statistik Austria zur Sonderauswertung der Konjunkturstatistik. Damit hat die Industrie wertmäßig zwar das Vorkrisenniveau überschritten, allerdings lassen sich in diesem nominellen Volumen teils massive Preissteigerungen erkennen, v. a. bei den Energiekosten wie den Vorleistungsgütern.

Die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen sind jener Bereich der Industrie, in dem sich diese Preiseffekte sehr deutlich zeigen. Es ist nicht notwendigerweise die Menge, die in den letzten Monaten steigt, sondern vor allem der Preis, der sich in der Dynamik signifikant widerspiegelt. Während im Jahr 2019 im Schnitt 11 % der abgesetzten Produktion der Industrie insgesamt (inkl. Bauindustrie) von den Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen erbracht wird, sind es im Jahr 2021 nicht unerhebliche 19 %. Damit hat sich der Anteil

dieses Fachverbands an der Industrie insgesamt durch den damit einhergehenden Preiseffekte nahezu verdoppelt. Etwas milder ausgeprägt ist die Verzerrung durch die Preiseffekte in der Mineralölindustrie, dem zweiten Fachverband innerhalb der Industrie, für den die internationalen Öl- bzw. Gaspreisentwicklungen verstärkt wirksam sind.

Werden die Industriefachverbände Mineralölindustrie sowie die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen aus

der Industrie herausgerechnet, dann liegt die Produktionssteigerung der verbleibenden 14 Fachverbände zwischen 2019 und 2021 im Schnitt bei 7,5 %. Auch in dieser Dynamik spiegeln sich die Preiseffekte wider, allerdings nicht dermaßen stark wie im Falle der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen. Höhere Produktionswerte oder Umsatzwerte in den Industriebetrieben bedeuten jedoch nicht, dass sich die Margen- bzw. Profitsituation in den Unternehmen in gleichem Maße ändert.

Die heimischen Industriebetriebe sehen sich höheren Kostenbelastungen gegenüber und sind auch weiterhin mit teils massiven Kostensteigerungen (Rohstoffe, Energie und Vorprodukte) konfrontiert. Ein paar Beispiele: Die Strom-Großhandelspreise sind weiter auf Rekordkurs. Laut Austrian Energy Agency liegt der österreichische Strompreisindex im April 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 163,2 % höher. Der österreichische Gaspreisindex bleibt auf sehr hohem Niveau, Gas-Großhandelspreise liegen im April 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um 465,7 % höher, so die Austrian Energy Agency. Die Preise für Rohöl, Kohle, Stahl, Kupfer, Nickel oder Aluminium haben sich in den letzten Monaten teils dramatisch nach oben entwickelt. Dies wirkt in der Folge unmittelbar kurzfristig auf die Liquidität und mittelbar in einer langfristigeren Perspektive auf die Investitionskraft der Industrie.

Vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen energieintensiven Industrie leidet unter den Energiepreissteigerungen, da Österreich stärker betroffen ist von höheren Energiepreisen als andere Länder. Österreich ist eines jener EU-Länder, das am stärksten abhängig ist von Erdgasimporten (zuletzt betrug der Anteil der Gasimporte aus Russland 80 %). Die hohen



Mag. Andreas Mörk

Gaspreise zwingen einige der heimischen Industriebetriebe schon jetzt ihre Produktion vorübergehend einzustellen.

Die drei politisch gerade besonders heiklen Länder Russland, Ukraine und Weißrussland zählen zwar nicht notwendigerweise zu den TOP-Handelspartnern Österreichs, allerdings gibt es bei einzelnen Warengruppen spezifische Abhängigkeiten: Auf der Importseite zeigt sich dies etwa dadurch, dass 87 % der im Jahr 2021 aus Russland importierten Waren alleinig der Warengruppe „Mineralische Brennstoffe; Mineralöle, Destillationserzeugnisse“ angehören – 4,1 Mrd. Euro der insgesamt 4,7 Mrd. Euro an Importen aus Russland; 5 % machen „Erze, Schlacken und Aschen“ aus. „Erze, Schlacken und Aschen“ wiederum ist jene Warengruppe, aus der die meisten der heimischen Importe aus der Ukraine kommen (59 % der insgesamt 1,0 Mrd. Euro), gefolgt von „Holz und Waren daraus; Holzkohle“ (9 %) und „Elektrische Maschinen, Apparate und elektrotechnische Waren“ (6 %). Der Krieg in der Ukraine verursacht zudem Ausfälle von Vorprodukten, etwa im automotiven Bereich. Lieferengpässe stehen für die heimische Industrie bedauerlicherweise weiterhin auf der Tagesordnung.

Heruntergebrochen auf die Ebene der Fachverbände offenbart sich, dass 2021 noch nicht alle Fachverbände das Niveau der abgesetzten Produktion des Jahres 2019 erreichen konnten – in vier von 16 Fachverbänden war dies nicht möglich,

konkret sind dies die Fahrzeugindustrie, die Mineralölindustrie, die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie sowie die Glasindustrie. Erneut sind es die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen, die in der absoluten Betrachtung für rund zwei Drittel des industriellen Produktionszuwachs verantwortlich sind.

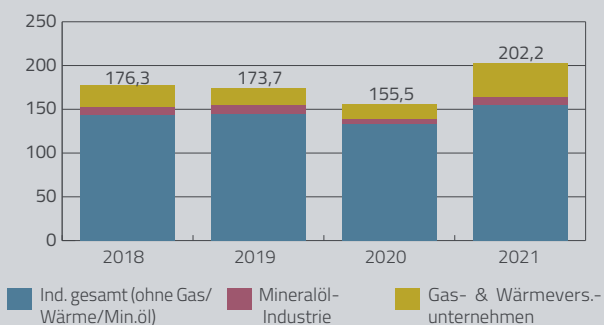
Das Eigenpersonal in den österreichischen Industriebetrieben liegt im Jahreschnitt 2021 bei rund 427.600 Beschäftigten. Wird zum Eigenpersonal das in der Industrie tätige Fremdpersonal hinzugezählt, so weist der Gesamtbeschäftigtenstand knapp 454.500 Personen im Jahresdurchschnitt aus. Noch ist der Beschäftigtenstand der heimischen Industrie nicht auf Vorkrisenniveau – dies zeigt sich in 11 der 16 Fachverbände. Im Vergleich zu 2019 liegt der Stand des Eigenpersonals im Jahr 2021 im Schnitt um 1,3 % niedriger. Die Kurzarbeit war und ist in schwierigen Zeiten ein probates Mittel, um es den Betrieben zu ermöglichen, an ihrem Eigenpersonalstock weitestgehend festzuhalten.

Die Industrie steht vor massiven Herausforderungen. Teils enorme Kostenanstiege, Lieferengpässe, lange Lieferzeiten, Materialknappheiten und die Unplanbarkeit ganzer Produktionsprozesse aufgrund fehlender Teile betreffen das Gros der heimischen Industrieunternehmen. Mit dem Angriffskrieg in der Ukraine spitzt sich die Situation weiter zu – und das nach zwei schwierigen Jahren Coronapandemie.



Abgesetzte Produktion in Mrd. EUR (2018 bis 2021)

Industrie insgesamt (inkl. Bauind.)



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung in Kammersystematik, endgültige Werte bis 2020 & vorläufige Werte für 2021

Gesamtpersonal in der Industrie (2018 bis 2021)

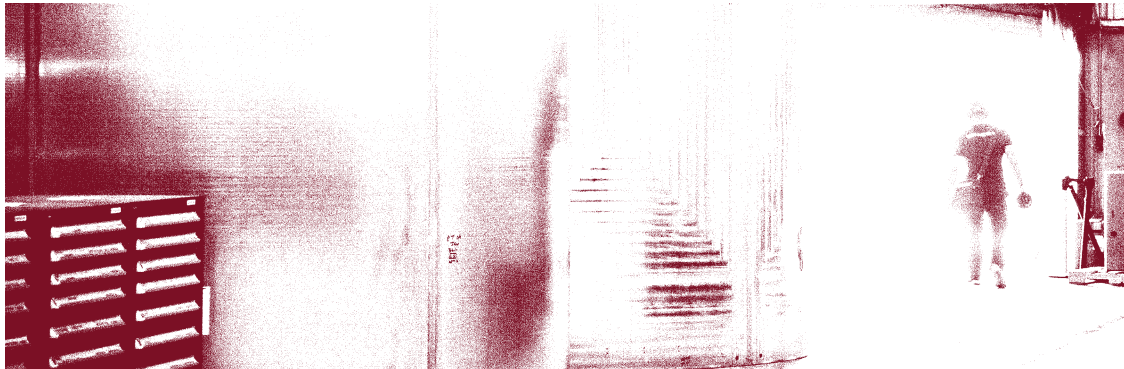
in Tausend



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung in Kammersystematik, endgültige Werte bis 2020 & vorläufige Werte für 2021

Branchenübersicht

Steigerung der industriellen Produktion



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

Einschätzung 1. Quartal 2022	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte ¹⁾		Auftrags- einträge
	3.Q21/3.Q20 in Prozent	Einschätzung 1.Q22/1.Q21	3.Q21/3.Q20 in Prozent	Einschätzung 1.Q22/1.Q21	Einschätzung 1.Q22/1.Q21
Bergwerke und Stahl	49,3	↔	-1,4	↔	↔
Stein- und keramische Industrie	9,3	↑	-0,1	↔	↔
Glasindustrie	14,2	↔	-14,7	↔	↔
Chemische Industrie	17,9	↔	1,4	↔	↔
Papierindustrie	24,0	↑	-4,6	↔	↑
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	9,7	↑	0,5	↔	↑
Bauindustrie	4,9	↔	0,6	↔	↔
Holzindustrie	35,6	↔	0,7	↔	↑
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	5,1	↔	-2,0	↔	↔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-1,0	↓	-0,6	↔	↔
NE-Metallindustrie	54,0	↔	3,0	↓	↔
Metalltechnische Industrie	17,8	↑	-0,9	↔	↑
Fahrzeugindustrie	-6,2	↔	-4,7	↔	↔
Elektro- und Elektronikindustrie	9,0	↑	0,2	↔	↑
Industrie gesamt	27,6	↔	-0,9	↔	↔

Anm.: Vorläufige Daten 2021;

¹⁾ Eigenpersonal; Dynamik der Industrie insgesamt (inkl. Mineralölind., Gas- und Wärmeversorgungsunt.)

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammerstatistik

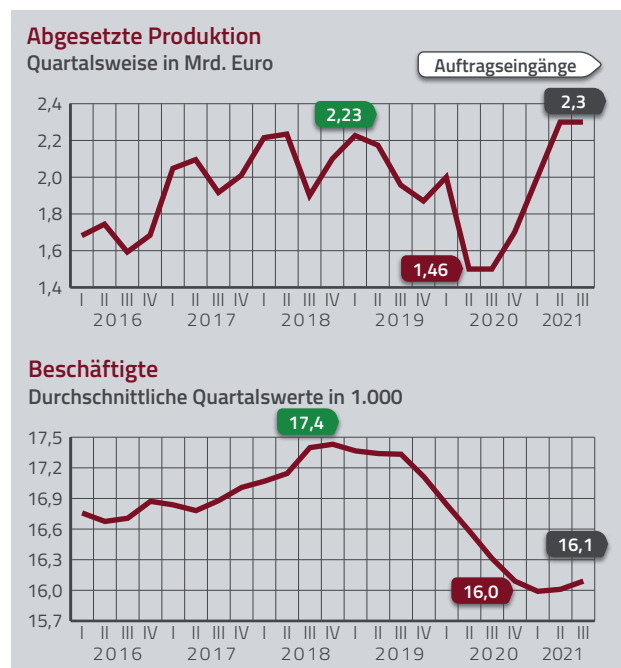
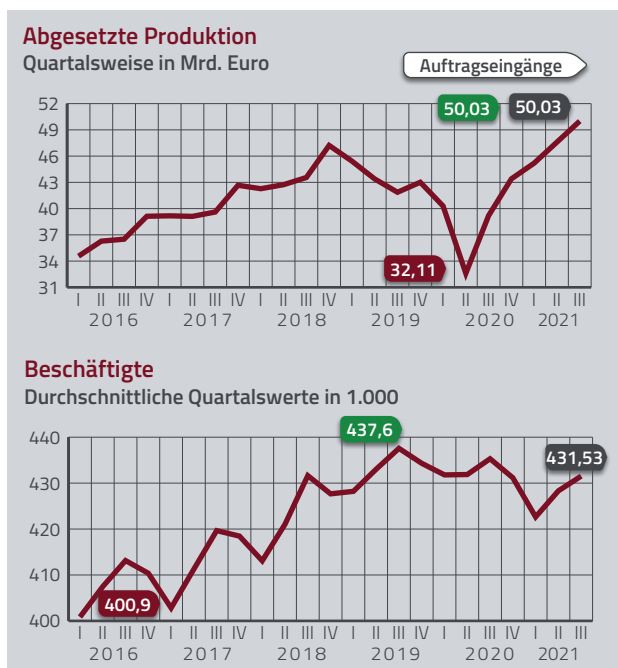
Gesamtindustrie

Die Industriefachverbände erwarten überwiegend stabile bzw. moderat positive Dynamiken für das erste Quartal 2022, sofern ein Vergleich mit dem 1. Quartal 2021 durchgeführt wird. Fünf der 14 befragten Fachverbände erwarten leicht steigende Tendenzen (zw. +3 % und +10 %) bei der Produktion bzw. bei den Auftragseingängen. Der Beschäftigtenstand soll in diesen Fachverbänden – mit Ausnahme der NE-Metall (hier wird ein leichter Rückgang erwartet) – stabil bleiben. Vier Fachverbände schätzen sowohl ihre Produktions- als auch ihre Auftragseingangslage im 1. Quartal 2022 leicht positiver ein als dies noch im Vergleichszeitraum 2021 der Fall war. Dies sind die Metalltechnische Industrie, die Elektro- und Elektronikindustrie, die Papierindustrie sowie die PROPAK. Vielerorts wird in den Fachverbänden mit geringen Veränderungen gerechnet. Dies ist auch den Lieferkettenengpässen und den steigenden Preisen in vielen Bereichen (z. B. Rohstoffe, Vormaterialien, Energie) geschuldet.

Bergbau und Stahl

Der Krieg in der Ukraine sowie die Sanktionen gegen Russland haben auch erhebliche Auswirkungen auf die Rohstoffversorgung aus diesen Ländern. So wurden bisher erhebliche Mengen an Eisenerz aus der Ukraine und Kohle aus Russland eingeführt, die nun aufgrund der Kriegshandlungen und der Sanktionen der EU von anderen Märkten beschafft werden müssen. Extrem kritisch ist die Versorgung mit Erdgas, die für fast alle Produktionsprozesse unbedingt erforderlich ist. Auf den Absatzmärkten stellen sich die Erwartungen für das kommende Quartal unterschiedlich dar. Die Automobilbranche leidet unverändert unter Lieferschwierigkeiten der Halbleiterindustrie. Die Nachfrage aus den Bereichen Bau, Maschinenbau ist im Wesentlichen unverändert, aber auch hier wirken die Auswirkungen des Ukrainekriegs dämpfend. Die anhaltenden Investitionen in die Bahninfrastruktur sorgen weiterhin für eine gute Auftragslage der Mitgliedsbetriebe. Mit den steigenden Öl- und Gaspreisen wurde eine deutliche Erholung im Bereich der Energieinfrastruktur verzeichnet, die sich weiter fortsetzen wird. Auch in der Luftfahrtindustrie besteht nach wie vor eine gute Nachfrage.

■ höchster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ niedrigster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ aktueller Wert, Neigung zeigt die Tendenz

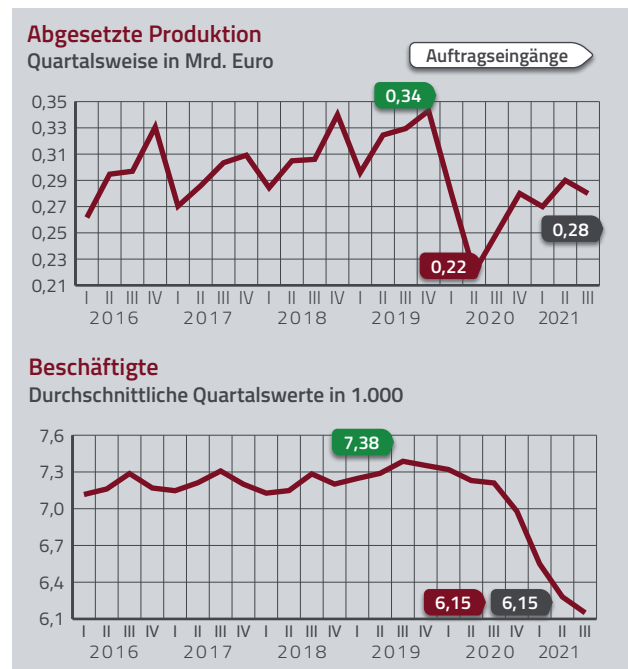
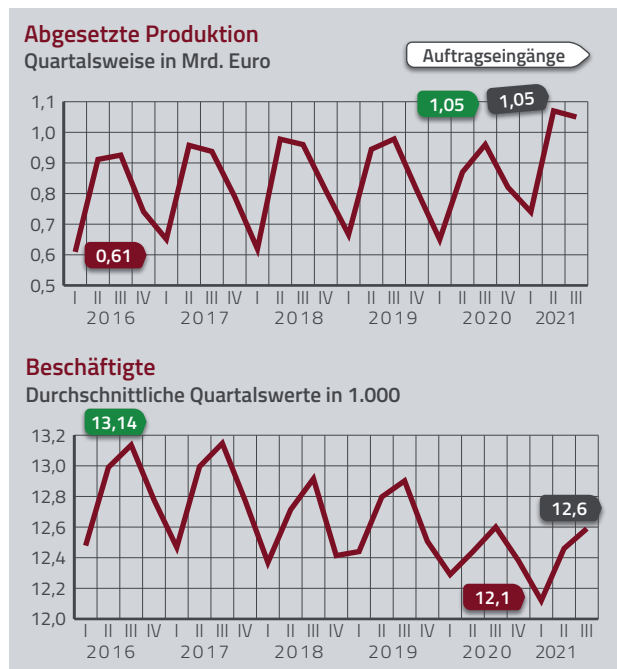


Stein- und keramische Industrie

Auftragslage aufgrund der starken Nachfrage und des milden Winters gut bis sehr gut. Nachfragebedingt sind etliche mineralische Bauprodukte nicht jederzeit lieferbar und müssen längerfristig vorbestellt werden. Mangelnde Verfügbarkeiten sind ein Problem, mit dem derzeit fast alle Baugewerke zu kämpfen haben und die dazu führen, dass viele Bauvorhaben nicht begonnen, fortgesetzt oder abgeschlossen werden können. Massive Personalausfälle aufgrund der Omikron-Welle verstärken die Verfügbarkeitsprobleme entlang der Wertschöpfungskette. Im Export sind die Rahmenbedingungen aufgrund exorbitanter Kostensteigerungen bei Energie schwierig. Hinzu kommen auch Probleme bei Transportkapazitäten wegen Corona-bedingter Personalausfälle. Die massiven Kostensteigerungen haben den Baustoffhandel dazu veranlasst, vielfach auf Tagespreise umzusteigen. Die hohen Kosten, geringen Gewinnmargen sowie die Unsicherheiten durch die Corona- und Ukraine-Krise wirken sich negativ auf das Investitionsklima aus. ■

Glasindustrie

In der glasbe- und -verarbeitenden Industrie setzt sich das angespannte Jahr 2021 fort. Die Auftragsbücher sind gut gefüllt, die andauernden Lieferkettenstörungen setzen der Branche aber stark zu. Die Verknappung bei Dichtungsmaterialien und Aluminiumschienen führt inzwischen teilweise dazu, dass Aufträge im Fassadenbau nicht abgearbeitet werden können. Zudem ist durch die heftigen Energiepreissteigerungen mit weiteren Kostenanstiegen bei Basisglas und Vorprodukten zu rechnen. Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie sind im Bereich Schmuck und Tableware immer noch empfindlich zu spüren. Auch wenn die Geschäfte in den exportstarken Branchen wieder angezogen haben, ist hinsichtlich der Engpässe und Preise im globalen Warentransport keine Entspannung in Sicht. Die Nachfrage nach Glasverpackungen bleibt konstant auf hohem Niveau. Die Produktionskosten in der Behälterglasindustrie werden jedoch durch massive Teuerungen bei Energie, Rohstoffen, Verpackung und Transport drastisch in die Höhe getrieben. Die Hersteller müssen Preisanpassungen durchführen, können die Kostensteigerungen bisher aber nur teilweise an den Markt weitergeben. ■



Chemische Industrie

Die chemische Industrie ist auf Grund des Ukraine-Krieges derzeit mit in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesenen Unsicherheiten konfrontiert. Die Frage der ausreichenden Verfügbarkeit von Gas sowie die stark gestiegenen Energiepreise einerseits und zunehmende Schwierigkeiten bei der Verfügbarkeit von Rohstoffen bringen enorme Unabwägbarkeiten bei gleichzeitig (noch) stabilen Auftragseingängen. Die Ausgangslage für die Branche war zu Jahresbeginn noch positiv: So konnte das Vorkrisenniveau 2021 umsatzmäßig bereits deutlich überschritten werden und die ersten Monate 2022 gestalteten sich wirtschaftlich stabil. Mittlerweile sind einzelne Zulieferbranchen – gerade zu den Automobilherstellern – von ersten Produktionseinschränkungen betroffen. Generell entsteht wirtschaftlicher Druck in den Segmenten, in denen die Kostensteigerungen bei Vorprodukten und Energie nicht mehr weitergegeben werden können. Offen und dabei entscheidend für die künftige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht zuletzt die Frage, wie angesichts der neuerlichen Krisensituation die notwendigen Investitionen Richtung Zukunftstrends, insbesondere sämtliche Green Deal-Anwendungen, finanziert werden können. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Papierindustrie

Mit einem Aufschwung konnte die Branche die großen Mengenverluste durch die Corona-Krise, besonders im grafischen Bereich, in 2021 mengenmäßig wieder aufholen. Der Trend bis Februar 2022 wurde allerdings von hohen Kosten in fast allen Bereichen und in Folge von steigenden Preisen für Papier begleitet. Im März 2022 haben sich die Energiekosten durch den Ukraine-Krieg noch einmal dramatisch verschärft, vor allem für Strom und Gas. Im 1. Quartal 2022 entwickelte sich die Papierproduktion sowohl bei Grafisch als auch bei Verpackung gut (+2,8 %), Zellstoff für Papier hingegen blieb zurück (-2,2 %). In einer Phase mit steigenden Erlösen bei Papier und Zellstoff ist der Umsatz seit Jahresbeginn um fast 40 Prozent gestiegen. Die Situation ist aber für viele Standorte trotzdem kritisch, denn die Erlöse müssen mit den stark steigenden Produktionskosten mithalten. Vor einem Jahr kostete Altpapier durchschnittlich 100 Euro pro Tonne, mittlerweile sind es 180. Auch der Zellstoffpreis der Referenz-Sorte NBSK ist hoch, er stieg von 900 auf 1.350 Dollar. Zuletzt stiegen auch die Kosten für Holz. Aber den größten Einfluss haben derzeit die Energiekosten, deren Preis sich am Spot-Markt in manchen Bereichen fast verzehnfacht hat. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro

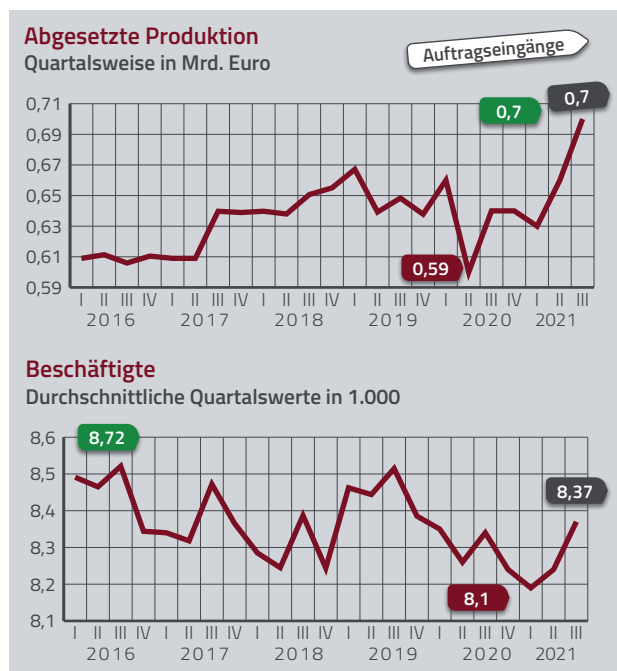


Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



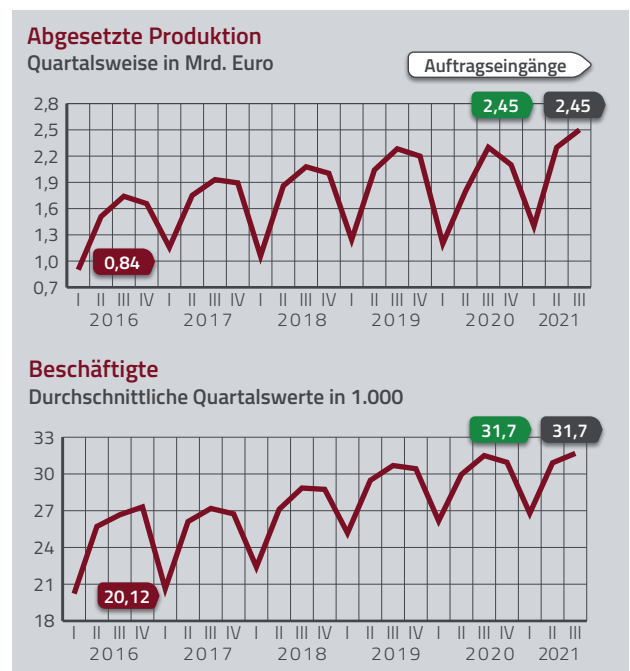
PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Die PROPAK Industrie ist bisher gut durch die Pandemiezeit gekommen. Angesichts der aktuellen Situation wird man aber erst zum Ende des Jahres sehen, wie robust die Branche die neuen Herausforderungen und die Unplanbarkeit bewältigen konnte. Prinzipiell haben die Firmen aufgrund der Unverzichtbarkeit der Kreislaufprodukte aus Papier/Karton/Wellpappe solide Orderbücher. Dennoch lassen die Entwicklungen bei Rohmaterial und Energie befürchten, dass 2022 kein Recovery-Jahr sein wird. Auch der inflationsgetriebene hohe Lohn-/Gehaltsabschluss wirkt sich negativ auf die ohnehin unter Druck stehenden Margen aus. Preiserhöhungen sind angesichts der Kostenrallye in allen Bereichen unausweichlich. ■



Bauindustrie

Im 1. Quartal ist die Auslastung der Bauunternehmen immer noch auf sehr hohem Niveau. Die aktuell dynamische Kostenentwicklung über die gesamte Wertschöpfungskette, verbunden mit Lieferverzögerungen und -engpässen sowie die aktuellen politischen wie makroökonomischen Herausforderungen hemmen nicht nur die Bauproduktion, sondern auch die Investitionsbereitschaft. Für 2022 wird dennoch noch ein reales Wachstum der Bauwirtschaft um knapp unter zwei Prozent erwartet. Während sich die Corona-bedingte Preisdynamik gegen Ende des Vorjahres bereits abschwächte, wurde insbesondere durch den Krieg in der Ukraine eine neuerliche massive Teuerungswelle bei den meisten wesentlichen Produktionsfaktoren ausgelöst. Die steigenden Energiekosten beschleunigen den Preisauftrieb entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette. Ungeachtet des seit zwanzig Jahren höchsten Beschäftigtenstands, nannten aufgrund der derzeit immer noch hohen Auslastung, mehr als ein Drittel der im aktuellen WIFO-Konjunkturtest befragten Bauunternehmen den Mangel an Arbeitskräften als primäres Produktionshemmnis. ■



Holzindustrie

Die Auftragslage und auch Produktion in der Holzindustrie sind auf einem hohen Niveau und dieser Trend wird sich voraussichtlich die nächsten Monate fortsetzen. Gegen Ende des Quartals wirkt sich die erschwerte Rohstoffbeschaffung im Laubholzbereich auf die Parkettindustrie aus. Lieferengpässe und hohe Energiekosten führen vereinzelt bereits zu Produktionsminderungen. Aufgrund der Kriegssituation kommt es in ganz Europa zu Ausfällen von Vormaterialien und Halbfertigprodukten, die kaum kompensierbar scheinen. Die Exportzahlen bleiben auf einem sehr guten Niveau und bilden mit über 60 Prozent die Stütze der heimischen Holzindustrie. Die Preissteigerungen bei wesentlichen Bauprodukten, aber auch bei den Holzprodukten prägen auch das 1. Quartal 2022. Die USA bleiben als größtes Holzverbraucher-Land der Welt weiterhin der „Treiber“ für die globalen Schnittholzpreisentwicklungen. Am US-Markt werden seit Wochen wieder Preissteigerungen realisiert. Die Rundholzbeschaffungskosten haben sich erneut auf einem Rekordniveaueingependelt. Höhere Produktionskosten und eine gute Nachfrage führen zusätzlich zu einer angespannten Kostensituation am Markt. Extreme Energiepreise und unberechenbare Logistikkosten belasten alle Berufsgruppen in der Holzindustrie massiv. Bei den Investitionen werden moderne erneuerbare Energie-Systeme geprüft und vorbereitet.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Seit Monaten kämpfen die Lebensmittelbetriebe mit einer historischen Kostenwelle, die pandemie- und erntebedingt die Preise für Energie, Rohstoffe und Verpackung in unvorhersehbare Höhe treiben. Damit nicht genug, haben sich Logistik- und Frachtkosten vervielfacht, und es gibt Engpässe bei Paletten, Containern und LKW-Fahrerinnen und -Fahrern. Der Krieg in der Ukraine hat die Lage der österreichischen Lebensmittelindustrie weiter verschärft. Einige Betriebe sind von diesen Auswirkungen direkt vor Ort betroffen. Durch die hohen Erntemengen bei Agrarrohstoffen bestimmt die Ukraine die Preisbildung am europäischen Markt wesentlich mit. So erreichten die Getreidepreise mit dem russischen Einmarsch in der Ukraine neue Höchststände. Auch Russland ist ein wichtiges Agrarland und beeinflusst ebenfalls die internationale Preisbildung auf den Agrarmärkten sowie auch bei Erdöl, Gas und Düngemitteln. Das schlägt unmittelbar auf die Kosten der Produktion und des Transports von Lebensmitteln und Agrarrohstoffen, Futtermitteln, aber auch Fleisch durch. Trotz aller Einschränkungen ist die Versorgung Österreichs gesichert, aber es wird weiter zu Verteuerungen kommen, denn die Hersteller sind bei fehlenden Rohstoffen gezwungen, auf alternative Beschaffungsmärkte auszuweichen.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



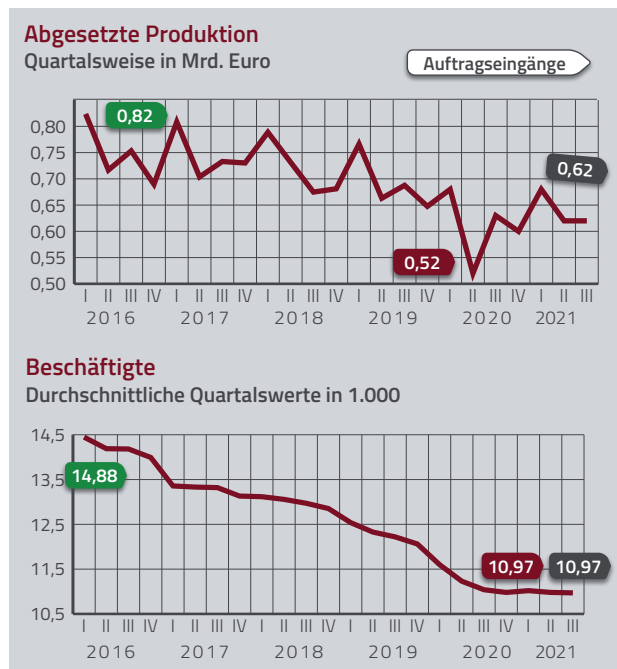
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Die langjährigen Tendenz in der Bekleidungsindustrie, fallender Auftragseingänge und damit verbundene Produktionsrückgänge, haben sich gegen Ende des 4. Quartals 2021 eingebremst und die Industrie wächst wieder. Die stark gestiegenen Kosten für Transport und Rohstoffe schmälern die Erträge.

Die Auftragslage in der Ledererzeugenden Industrie und in weiterer Folge auch Produktion, Export und Beschäftigtenzahl sinken bedingt durch die Halbleiterkrise, Werksstillstände und den Ukraine-Krieg. Die Kostensituation ist aufgrund enormer Roh- und Energiepreissteigerungen fatal.

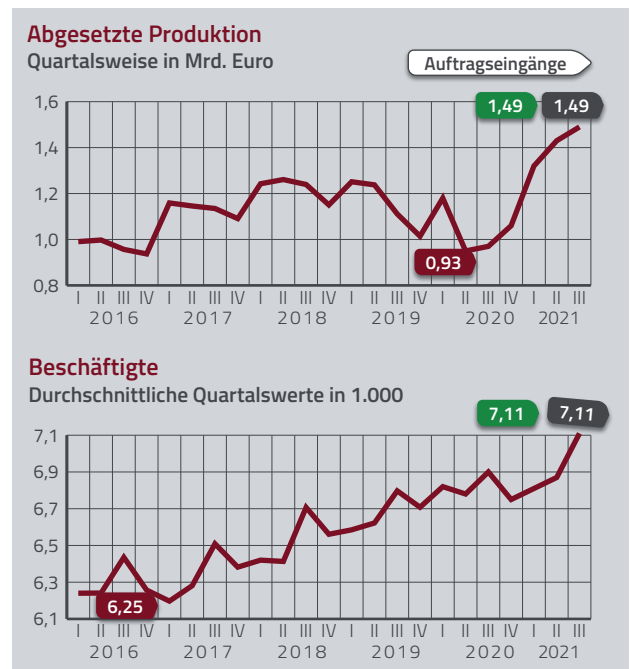
Die Auftragslage in der Schuhindustrie hat sich wieder verbessert, aber durch die Ukraine-Krise ist am Markt eine Verunsicherung zu spüren. Die Produktionen sind gut ausgelastet, kämpfen aber mit den deutlich gestiegenen Kosten sowie einer teils längeren Produktionsdauer.

In der Textilindustrie stieg der Umsatz im Jahr 2021 um 9,3 Prozent auf 2,6 Milliarden Euro gegenüber 2020. Die Exporte erhöhten sich im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 10,2 Prozent auf drei Milliarden Euro. Die Importe legten um 12,3 Prozent auf fünf Milliarden Euro zu. ■



NE-Metallindustrie

Das positive Marktumfeld der österreichischen Aluminiumindustrie im letzten Halbjahr 2021 mit branchenübergreifend hoher Nachfrage nach Aluminium wird im 1. Quartal 2022 durch die jüngsten Entwicklungen infolge des Ukrainekriegs und der stark gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise abrupt abgebremst. Extrem kritisch ist die Versorgung mit Erdgas, die für fast alle Produktionsprozesse unbedingt erforderlich ist. Sollte die Versorgung mit Erdgas für die Betriebe NE-Metallindustrie nicht mehr gewährleistet sein, dann wäre in weiten Bereichen ein Produktionsstillstand die Folge. In den Absatzmärkten wirken sich insbesondere in der Automobilindustrie die nach wie vor bestehenden Lieferprobleme der Halbleiterindustrie und zusätzlich Lieferausfälle von Vorprodukten aus der Ukraine dämpfend auf die Nachfrage aus. Die wirtschaftliche Erholung des letzten Halbjahres wird auch in der österreichischen Kupferindustrie durch die hohen Energiepreise gestoppt. Die teilweise massiven Preissteigerungen bei den Produktionskosten, insbesondere für Energie, Logistik und Vormaterialien, übertreffen die grundsätzlich positive Preisentwicklung bei den Kupferwaren und lassen kaum Erträge zu. Auf den Automobilmärkten setzt sich der Trend zur E-Mobilität weiter fort, die zunehmende Automatisierung und Elektrifizierung führen zu einer höheren Nachfrage nach kupferhaltigen Produkten. ■



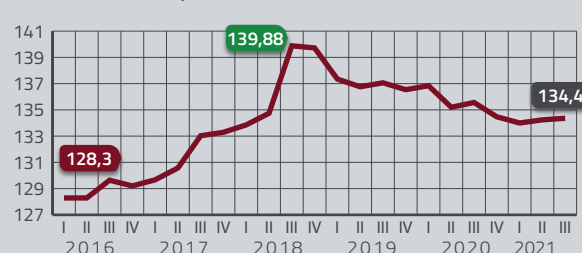
Metalltechnische Industrie

Die Produktionslage entkoppelt sich momentan von der Margensituation. Die Unternehmen waren zu Beginn des Jahres optimistisch was die kommenden Monate betrifft. Kostenseitig schlagen die steigenden Preise für Vormaterialien und Energie aber massiv durch. 58 Prozent der Unternehmen sagen, dass die Margen unter dem Niveau der Vorkrisenzeit 2019 liegen. Besonders die Maschinenbauer zeigten sich – noch vor dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs – positiv gestimmt. Mit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine haben sich die Rahmenbedingungen stark verändert. Die Energiepreise explodieren, ebenso die Metallpreise. Manche Produkte sind am Markt nicht mehr verfügbar. Hinzukommt der momentane Wegfall der Exportmärkte Ukraine, Russland und Weißrussland. Das macht in Summe ca. 4 Prozent der Exportbilanz aus, die indirekten Schäden durch eine drohende sich abschwächende Konjunktur wiegen aber noch schwerer. Zu beachten ist auch die Importseite: aus der Ukraine und Russland kommen substantielle Mengen an Stahl, Nickel und Aluminium. Wenn diese Importe nicht direkt laufen, dann auch oft indirekt über Zwischenhändler oder vorgelagerte Produktionen. Die Engpässe auf den Zuliefermärkten gefährden die Produktion und im Nachklang auch die Nachfrage. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



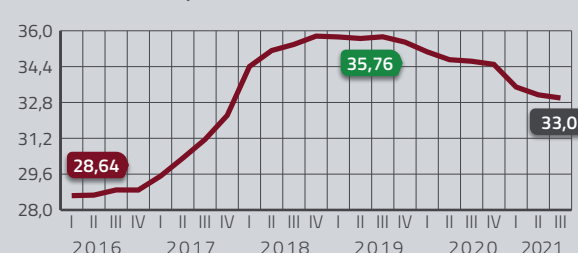
Fahrzeugindustrie

Die Auftragsentwicklung ist zu Jahresbeginn stagnierend und ergibt zum Vergleichsquarter 2021 keine Veränderung. Die Produktion befindet sich auf Vorjahresniveau. Positiver stellt sich der Trend für die Bereiche der Motorenteile, landwirtschaftliche Traktoren und für den Fahrradbereich dar. Auch im Anhängerbereich sind die Auftragseingänge steigend. Entgegen der generellen Zurückhaltung bei Investitionen wird in diesen Bereichen kräftig investiert. Der negative Trend der stark steigenden Vorleistungspreise der letzten Quartale setzt sich fort und führt zu höheren Herstellungskosten. Zusätzlich sind die explodierenden Energiekosten negativ spürbar. Die Unternehmen der Fahrzeugindustrie sind weiterhin massiv von Lieferengpässen bei Vormaterialien betroffen, die damit einhergehende hohe Unsicherheit erschwert die unternehmerische Planung. Gegen Ende des 1. Quartals zeichnen sich massive Auswirkungen durch den Krieg in der Ukraine und den damit verbundenen Ausfällen von Kabelbäumen ab. Zahlreiche Unternehmen sind gezwungen, ihre Produktion zurückzufahren bzw. ihre Beschäftigten zur Kurzarbeit anzumelden. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro

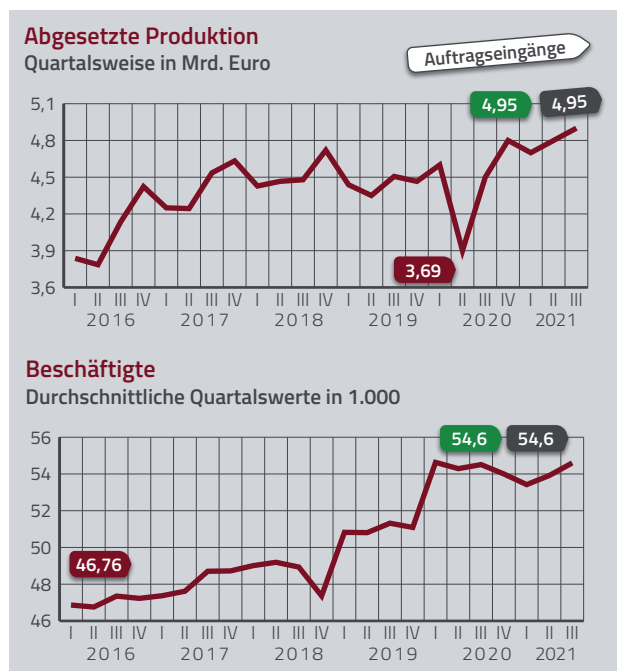


Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Elektro- und Elektronikindustrie

Zu Jahresbeginn gab es eine positive Grundstimmung bei der Auftragslage. Erst in der zweiten Hälfte des 1. Quartals erfährt diese durch den Ausbruch der Ukraine-Krise einen derzeit noch nicht quantifizierbaren Dämpfer. Die Produktion erfährt derzeit ihre größte Unsicherheit durch schwierige Beschaffung knapper Vormaterialien (Stichwort: „Chipmangel“), wie aber auch durch Spekulationen auf steigende Kurse wie etwa bei Metallen, die in weiterer Folge zu einer Verknappung führen können. Die Auswirkung des massiven Energiekostenanstiegs, angeheizt durch die Ukraine-Krise, wird nicht sofort bei den Endkundenpreisen durchschlagen und die Betriebe belasten. Positiv ist, dass die Exportquote weiterhin zwischen 83 und 85 Prozent relativ stabil bleiben wird. Es ist aber absehbar, dass die Preise durch den Inflationsdruck stärker als in der jüngeren Vergangenheit steigen werden. Aufgrund des Krieges in der Ukraine ist die Investitionsbereitschaft nun verhalten. ■



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

Unternehmensgegenstand: Wirtschaftsforschungsinstitut

Vorstand: Vorsitzender:
Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

Stellvertreter: Gen.-Sekr. Karlheinz Kopf,
Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer

Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Geschäftsführer:
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Blattlinie:
Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at
Industriellenvereinigung, A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4

Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Projektleitung & Redaktion:

Stephan Scoppetta (Chefredakteur),
Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst)
www.feuerifer.at

Design, Satz und Layout: Digital Distillery GmbH

Coverbild: WKÖ/Baumit

Bilder: So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

Autoren: Mag.Sigi Menz, Mag. Andreas Mörk, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider, Peter Luptáčík, Dr. Wilfried Stadler, Helene Tuma, Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, A-2540 Bad Vöslau

Erscheinung: vierteljährlich

ISSN: 1023-8387

